

**Erste Seite** täglich  
 mit dem **Preis**  
 der Sonn- und Festtage.  
 Abonnementspreis  
 für ein Vierteljahr 1,00 Mk.  
 vierteljährlich 1,00 Mk.  
 pro Nummer, frei im Haus.  
 Durch die Post beträgt  
 1,00 Mk. inkl. Postgebühren.  
**Die Halle** (Halle) ist  
 nach die Post nicht befreit.  
 Das Postamt ist für die  
 Zustellung für 30 Pf.  
 Leipzig Nr. 1067.  
 Verlagsgesellschaft  
 Volkswirtschaft Halle/Saale.



**Inspektionsgebühr**  
 beträgt für die 600 Personen  
 beträgt aber deren Name  
 30 Pfennig.  
 Die monatliche Anzahlung  
 30 Pfennig.  
 Im monatlichen Kasse  
 kostet die Seite 75 Pfennig.  
**Interesse**  
 für die halbe Summe  
 nach dem Ende der  
 monatlichen Zahlungen  
 beträgt 10 Pfennig.  
 Die Expedition aufgegeben  
 ist.  
 Eingetragen in die  
 Postzeitungsliste.

**Sozialdemokratisches Organ**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
 Naumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga  
 und die Mansfelder Kreise. Redaktion: Harz 42/43.

**Finanzreform-Krise.**

Weder eine Besitzsteuer, die keine Besitzsteuer ist, haben die  
 Sozialdemokraten ein Kompromiß geschlossen, das kein Kompromiß  
 ist, und nun führen sie in der Steuerkommission Verhandlungen  
 ab, die eigentlich keine Verhandlungen sind, sondern  
 bloß Unterhaltungen, dazu bestimmt, den Abgeordneten die  
 Zeit zu vertreiben, bis das wirkliche Kompromiß hinter den  
 Kulissen zustande gekommen ist. Mit den eigentlichen Verhandlungen,  
 die im Stillen geführt werden, scheint es aber  
 bisher noch immer genau ebenso zu haben wie mit den scheinbaren  
 in der Kommission. Weder vor den Kulissen noch hinter  
 den Kulissen kommt man einen Schritt weiter.

In der Steuerkommission hat die Beratung vom Dienstag  
 das Risiko der Tabakhandelsrolle entschieden. Am  
 Mittwoch wird voranschicklich wieder eine jener berüchtigten  
 „Subkommissionen“ eingesetzt werden, um die verfahrenen Tabak-  
 handelsfragen wieder in die Kreislauf zu bringen. Ob ihr aber das  
 gelingen wird, hängt wiederum von dem Resultat der Geheim-  
 verhandlungen ab, die zwischen dem Reichsfinanzminister und den  
 Parteien geführt werden. Das ist es bezeichnend, daß man  
 immer nur von Verträgen des Reichsfinanzministers, auf die Preis-  
 sinnigkeit im Sinne der Konventionen für den Tabakhandel einzu-  
 wirken, während natürlich von einem entscheidenden Eintritten  
 der obersten Regierungsstelle für die Nachlasssteuer nicht das  
 allermindeste verurteilt. Nach dem „Berliner Tageblatt“ soll  
 der frühere konervative Abgeordnete v. Döbeln, der jetzt, mit  
 Titel und Gehalt eines Unterstaatssekretärs versehen, beim  
 Reichsfinanzminister die Rolle eines Faktotums und Vertrauensmanns  
 spielt, den Abg. Wiemer, v. Bayer und Müller-Meinungen  
 nahegelegt haben, sie sollten sich doch zunächst zur  
 Vermittlung der indirekten Steuer vorlagen  
 der Regierung zu verpflichten — eine Zustimmung,  
 selbst für Herrn v. Bayer nicht so ohne weiteres annehmbar  
 sein dürfte. Man sieht also noch immer nicht, wohin die Fahrt  
 eigentlich gehen wird, nur soviel sieht man, daß das berüchtigte  
 Viermännerkompromiß und die ihm folgenden Kommissions-  
 verhandlungen ohne jegliche Bedeutung sind, und daß die Rat-  
 losigkeit und Verwirrung im Volkstag heute noch größer ist  
 als je zuvor. — Dabei erscheint die Rolle, die der Reichs-  
 finanzminister in diesem ganzen Handel spielt, in immer trüblicher  
 Lage. Jetzt bestreitet die „Deutsche Tageszeitung“, daß sich  
 nicht Wilow persönlich um das Zustandekommen  
 des Vorkompromisses bemüht hat. Dadurch  
 hat sich der „leitende Staatsmann“ wiederum bloßgestellt und  
 blamiert. Dieses Kompromiß ist eine gefahrvolle Quar-  
 talararbeit, die von größter Wichtigkeit und Angelegen-  
 heit förmlich freigeht. Das ist von der öffentlichen Kritik, zu-  
 letzt von dem leichten oppositionsfeindlichen Prof. Jörn-Born  
 im „Tag“, in so unbedingter Weise nachgewiesen worden,  
 daß sich heute bereits die Parteien, die daran beteiligt waren,  
 dieses Vorkompromisses schämen und ihre Beteiligung nach Kräften  
 abzuleugnen versuchen. Nachdem sowohl die freisinnige Presse  
 wie das offizielle Organ der Konventionen dieses Kompromiß  
 preisgegeben, hat auch, wie berichtet wird, der Zentralvorstand  
 der nationalliberalen Partei an jenem Nachwech die schärfste  
 Kritik geübt und die Erwartung ausgesprochen, daß die national-  
 liberale Reichstagsfraktion sich auf keinen Fall zustimmen  
 werde. Aus den Kreisen der süddeutschen Regierungen mehren  
 sich die Stimmen des Unwillens über einen so unglücklichen  
 und verwerflichen Plan.

Andern der Reichstagsfraktion diesen Plan unterstellt, hat er  
 abermals bewiesen, daß ihm jedes Mittel recht ist, das ihm  
 geeignet erscheint, um in seiner Stellung und an der Macht zu  
 erhalten. Er kämpft nicht für die Wohlfahrt des Reichs son-  
 dern für die Erhaltung seines Postens. Dieser erfolglose  
 „Staatsmann“ hat noch nie einen andern Erfolg gehabt als den,  
 trotz aller Mißerfolge sein Amt behalten zu können. Während  
 das Staatsstift unter seiner Führung immer tiefer sinkt,  
 flüchtet er immer höher am Mast entpor. Seine auch diesmal  
 schließlich dennoch zum Schaden des Reichs, der Steuerzahler,  
 der Einzelstaaten, so etwas wie eine wilowische Reichsfinanz-  
 reform zustande, so würde in der öffentlichen Presse wieder viel  
 von der Geschicklichkeit und dem Glanz des Fürsten Wilow zu  
 lesen sein. Leider hat das Volk weniger Glück, sonst hätte es  
 schon die Kraft gefunden, diesen Reichstagsler davon zu jagen.

Von einer Regierung, wie die des Herrn Wilow, läßt sich  
 nicht erwarten, daß sie einen ernstlichen Versuch macht, auf der  
 Nachlaß- oder Erbschaftsteuer der direkten Linie  
 noch in offer Stunde zu bestehen. Eine ehrliche Regierung  
 würde, nachdem sie ihre Ehre für die Nachlasssteuer eingetauscht,  
 sofort abtreten sein, nachdem ihr die Kommission ihre Ver-  
 fahrung gefehlt vor die Füße geworfen. Aber man hat von wern-  
 heren mit den Gegnern der Nachlaßsteuer Kon-  
 zerteil. Auch das hat man getan in der Erkenntnis, daß  
 man sich mit den agrarischen Verbänden verhalten muß, wenn  
 man im heutigen Deutschland an der Macht bleiben will. Die  
 Nachlaßsteuer wäre heute noch durchzuführen, wenn die  
 Regierung nicht nur der Vollzugsunfähigkeit der Großagrarien  
 wäre. Als hübsches Manöver können sogar Stimmen aus den  
 konventionellen Organisationen, wie jünger die konventionellen  
 Vereins von Verleger, auch die Haltung eines Teils der  
 konventionellen Presse, wie A. v. des „Reichstags“ erkennen den  
 Stand, daß sich die reichen Erben brüchten. Das Blatt  
 schreibt:

Wenn die Einzelstaaten ... das Kompromiß positiv ab-  
 nehmen und es auch von den Kompromißpartnern nur mit Vor-  
 behalt angenommen wurde, so ist sein Fall so gut wie gewiß.  
 Nicht es aber, so erhebt sich automatisch wieder die Nachlaß-  
 steuer ... Um so mehr ist es jetzt, wo das Kompromiß Risiko  
 macht, nötig, daß der Reichsfinanzminister auf den Platz tritt und  
 die Parteien unter Hinweis auf die Tatsache, daß sie mit all  
 ihren Vermittlungen nichts zustande bringen können, was ge-  
 eignet wäre, an die Stelle der vorgeschlagenen Nachlaßsteuer  
 zu treten, auffordert, die Regierungsvorlage noch einmal mit  
 Zuzugabe der für dieselbe sich mehren Stimmen erstlich  
 zu erwägen, im Hinblick auf die über allem schwebende  
 Nationalität des Zustandekommens der Reform. Wie  
 zweifelhaft, daß in den Kreisen der reichstreuern Abgeord-  
 neten nach den mit allen Abänderungsvorschlägen gemachten  
 Erfahrungen die Stimmen für die Nachlaßsteuer sich mehren  
 werden ... Die Bedenken gegen dieselbe, namentlich die  
 Schwächung der Familienbeziehungen, haben sich bei näherer  
 Erwägung der Steuer als unbegründet erwiesen.

Dies wird also der Reichsfinanzminister durch eine Stimme aus  
 dem konservativen Lager selbst aufgeführt, mit der Nachlaß-  
 steuer endlich einmal ernst zu machen. Auf der anderen Seite  
 freilich setzen die maßgebenden konservativen Blätter,  
 „Deutsche Tageszeitung“ und „Kreuzzeitung“, ihren Kampf  
 gegen die Erbschaftsteuer weiter fort, und namentlich die  
 „Kreuzzeitung“ macht sich das Vergnügen, Äußerungen frei-  
 sinniger und nationalliberaler Führer, der Herren Wiemer,  
 v. Hehl usw., aus den Jahre 1906 zu zitieren, aus denen her-  
 vorgeht, daß Verfeinerung der liberalen Herren für diese  
 Steuer noch vor drei Jahren nicht zu bemerken war. Diese Ver-  
 schöpfung der „Kreuzzeitung“ ist vollkommen richtig. Noch vor  
 zwei, drei Jahren war die Sozialdemokratie die einzige Partei,  
 die mit Entschiedenheit für den Ausbau der Erbschaftsteuer  
 im Reich eintrat und es ist der Erfolg ihrer „positiven  
 Arbeit“, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien heute  
 vor der Wahl stehen, entweder diese ihnen mißliebige Steuer  
 zu schließen oder aber sich vor den Wählern erneut zu demas-  
 kieren.

**Klassenhausarbeit.**

Das preussische Abgeordnetenhaus führte am  
 Montag abend in einer Sitzung, die fast bis Mitternacht  
 dauerte, den Etat der Handels- und Gewerbebe-  
 haltung zu Ende. Ein Antrag unserer Partei, der die Zu-  
 ziehung von Arbeitern und Aerzten und die vermehrte Zu-  
 ziehung von Frauen zur Gewerbeinspektion verlangt, wurde  
 vom Genossen Hirsch mit guten Gründen belegt und ging  
 schließlich in die zuständige Kommission. Im übrigen wurden  
 in der nächsten Debatte zahlreiche Klagen und Beschwerden  
 von Innungsvertretern und ultraradikalen Mittelständen vor-  
 gebracht, aus denen namentlich der Vorstoß des neuemündeten  
 Duisburger Bürgermeister Herrn von gegen die Gewerbebe-  
 haltung hervorgehoben zu werden verdient. Am Vormittag des  
 Tages hatte auf dem Parlament der preussischen Hausgärtner  
 der Führer der Berliner Arbeiterbewegung König bereits gegen  
 die Väterverordnung gewettert, und am Abend setzte Herr  
 Karow und der bei einer Mittelstandsdebatte immerreizliche  
 Herr Nahrungt das unglückliche Treiben fort. Sie fanden gar  
 scharfe Worte gegen die Maßnahmen, die die Gewerbepolizei  
 sowohl im Interesse der Wohnverhältnisse der Väter-  
 arbeiter als auch im Interesse der Sauberkeit bei der Ver-  
 theilung der Badwässer zu ergreifen für nötig hält. Von Ueber-  
 treibungen wie „Konkussion des Eigentums“, „Expro-  
 priation“ und anderen Straußausdrücken gabelte es nur so, und  
 es wird der aufopfernden Tätigkeit unserer Genossen und aller  
 Freunde einer mütterlichen Sozialpolitik bedauern, um diesen  
 neuen Vorstoß erfolgreich abzuwehren!

In der Diensttagssitzung wurde die Resolution zum Woh-  
 nungsrecht auf Tagesordnung in der Resolution des von allen  
 bürgerlichen Parteien in der Kommission vereinbarten Kom-  
 promisses angenommen. Nach diesem Kompromiß wird kein  
 Unterschied mehr zwischen verbeirateten und unverbeirateten  
 Beamten gemacht. Ferner wurde die Orte, die nach den bis-  
 herigen Kommissionsbeschlüssen befristet bleiben, in die Orts-  
 stufe eingereiht, die ihrer bisherigen Stellung in der Servis-  
 klasse entspricht. Schließlich wurde beschlossen, daß  
 die nächste Revision des Ortsklassenverzeichnisses mit der Wre-  
 tung vom 1. April 1911 ab zu erfolgen hat. Es ist also nur ein  
 Provisorium geschaffen worden, zu dem die Führer der Parteien  
 kurz ihre Zustimmung erklärten. Für unsere Partei erklärte  
 Genosse S. v. Döbeln, daß er in der Kommission das Kompro-  
 miß abgelehnt habe, weil es die berechtigten Wünsche der  
 unteren und mittleren Beamten in keiner Weise befriedigt.  
 Er beklagte es mit Recht als einen Fehler, daß das Woh-  
 nungsrecht überhaupt nicht gleichzeitig mit der Beamten-  
 besoldungsurkunde verabschiedet worden ist. Denn bei der Be-  
 soldungsvorlage hat man die Beamtenkategorien, deren Inter-  
 esse man geopfert hat, auf das Wohnungsrecht aufzugeben ver-  
 tröstet, das ihnen einen Ausgleich bieten sollte. Natürlich  
 haben die bürgerlichen Parteien diese Versprechen nicht einge-  
 löst, wie Genosse Strödel an der Hand eines reichhaltigen, ein-  
 wandfreien Materials nachwies. Aus ihm ging hervor, daß  
 der Zustand für die Unterbeamten um 77 Mk. erhöht worden  
 ist, für die mittleren Beamten aber um 158 Mk. und der für  
 die Beamten der Klasse I gar um 298 Mk. Es ist aber  
 gänzlich unglücklich, den höheren Beamten Zufüsse zu gewähren,

die ihnen ein anfängliches Wohnen ermöglichen, während man  
 die anderen Beamten zwingt, sich mit einer Dreizehnzimmer-  
 wohnung zu begnügen. Trotzdem stimmten unsere Genossen für  
 das Gesetz, weil sie die Hoffnung haben, daß es für die Be-  
 zugsnehmer 1911 eine brauchbare Grundlage abgeben wird.  
 Bei der dann folgenden Beratung der Aufhebung der Kom-  
 munalsteuerfreiheit der Geistlichen und Lehrer brühte die Kon-  
 servativ-liberale Mehrheit einen Antrag durch, der den Geis-  
 tlichen die heutige Steuerfreiheit läßt, während die Lehrer  
 nun zahlen müssen! Für die Kirche als Volkserwerbungs-  
 anstalt wird immer besser gefordert als für die Schule, die das  
 Volk erziehen soll. Vorher schämt man durch einen Schul-  
 antrag unsern Genossen Hirsch das Wort ab.

**Politische Uebersicht.**

Halle, den 10. März 1909.  
 Aus dem Reichstage.  
 Am Reichstage wurde am Dienstag mit der zweiten Lesung  
 des Vermögensgesetzes begonnen, die jedoch am diesem Tage nicht zu  
 Ende geführt wurde. Eine drei Generaldebatte eroffnete sich  
 bei dem wichtigsten § 3, der von der Berufung handelt. Geo-  
 noffs David, der als Vertreter eines Weinbauzentrums Sach-  
 kenntnis auf diesem Gebiete besitzt, legte den Standpunkt  
 seiner Fraktion dar. Der Grundbesitz dieses Gesetzes, die  
 Weinparität zu bestimmen, stimmen wir zu. Wir bedauern  
 aber, daß die ablehnen, feindschaftliche Bemerkungen im  
 Gesetzestext einzufügen, aus demselben nicht vermeiden worden  
 ist. Daß die Einführung des Deklarationszwangs zur Ver-  
 schärfung unserer Handelsbeziehungen mit dem Auslande  
 führen wird, erscheint uns sehr unbedenklich. Die Regie-  
 rung, die den Agrarieren ganz unmaßmäßig um Verschärfung  
 der auswärtigen Handelsbeziehungen alles zu Gefallen  
 tut, ist diesmal, was es sich ja doch am Bürger handelt,  
 endlich um den Einkauf im Ausland bedacht. — Die Aus-  
 einanderbeziehungen über diesen Punkt verlangten die Beratung  
 ein. Sie wurde schließlich auf Donnerstag vertagt. Der  
 Mittwoch soll frei sein, um der Budgetkommission Zeit zum  
 Arbeiten zu geben. Die Langsamkeit dieser Kommission kommt,  
 wie Genosse Ledebur richtig bemerkte, daher, daß die Camp  
 und Genossen in ihr lang und breit über Dinge reden, die von  
 Rechts wegen ins Rentrum gehören.

Der Reichstag bleibt ohnmächtig!  
 Die kapitalistischen Parteien wollen es so und weigern  
 sich, dem Reichstage mehr Macht zu erlangen. Die verächtliche  
 Geschäftsordnungskommission des Reichstages lehnte gestern  
 in erster Lesung angenommenen § 33a, betreffend Anträge  
 bei Interpellationen ab und gab dem § 33a ausdrücklich fol-  
 gende Fassung: Die Stellung eines Antrages bei der Bespre-  
 chung der Interpellation ist unzulässig. Darauf wurde die  
 Verhandlung über die in der ersten Lesung abgelehnten  
 „kurzen Anfragen“ wieder aufgenommen.  
 Es ist eine Schmach, daß sich die „Volkvertretung“ selbst  
 zur Ohnmacht verdammt!

Das Ament auf das hierer Kommunalwahlrecht gescheitert!  
 Die städtischen Kollegien verhandeln gestern, Dienstag,  
 über den Antrag des Magistrats auf Einführung der Drei-  
 klassenwahl. Die Verhandlungen gestalteten sich zu einer  
 Sozialistendebatte großen Stils. Besonders war es der erst  
 kürzlich aus Magdeburg nach Kiel gekommene Bürgermeister  
 Lindemann, der in einer „großen“ Kreiserversammlung die „Ge-  
 fahren“, die durch eine Weidung der Sozialdemokratie drohen,  
 schilderte. Der Oberbürgermeister Zuh ludte natürlich auch  
 die Vorlage zu rechtfertigen. Er verwahrte sich zu Beginn der  
 Debatte besonders gegen die Obstruktion der Sozialdemokraten  
 und erklärte, er denke nicht daran, nach Wilow seiner Amts-  
 periode im Jahre 1912 wieder zu kandidieren, aber noch weniger  
 denke er daran, sich durch Drohungen oder durch Obstruktion-  
 arbeit der Sozialdemokraten aus dem Amte drängen zu lassen.  
 Er werde auf seinem Posten bleiben und auch vor Tumulten  
 auf der Straße nicht zurückgeben. Dann berichtete er über  
 die Mission beim preussischen Minister des Innern und mühte  
 sich mitteilen, daß dieser es abgelehnt habe, die Initiative zu  
 ergreifen.

Unsere Genossen Adler, Riendorf und Rindfleisch sprachen  
 in energischer Weise gegen die Vorlage und gerpflündt unarm-  
 bezuglich die Scheingründe der Behauptung der Entzuehung. Die  
 Verhandlung hatte vormittags um 10 Uhr begonnen; sie wurde  
 lediglich durch eine zweiwellige Mittagspause unterbrochen;  
 kurz vor 7 Uhr abends wurde dann endlich die Abstimmung  
 vorgenommen. Der Magistrat stimmte geschlossen für die Ein-  
 führung der Dreiklassenwahl. Die Stadtratsmitglieder stimmten  
 mit 15 gegen 18 Stimmen dagegen. Die Vorlage ist somit ge-  
 fallen. — Von den 39 Stadtratsmitgliedern waren zwei durch  
 krankheit verhindert, die maßgebend auf den Anhängern der  
 Dreiklassenwahl zählten.

Der Fortschritt in Bremen.  
 Im Jahre 1868 legte die preussische Regierung dem Landtag  
 den Entwurf einer Städteordnung für Städteordnung vor.  
 In der Begleitung wurde zunächst ausgeführt, daß sich der  
 Entwurf in vielen Punkten an die Städteordnung für die sechs

Wiltchen Provinzen vom 30. Mai 1893 anheine; dann aber hieß es weiter:

Gleichwohl hat in Lebensgemeinschaft mit dem Häuflein Antrag und dessen Politik nicht für geraten erachtet werden können, die Städteordnung vom 30. Mai 1893 in Reich und Provinzen in Schleswig-Vollstein einzuführen. In den fünfzehn Jahren ihres Bestehens haben nicht allein mancher ihrer Bestimmungen sich als schädlich erwiesen, sondern die Einführung oder Vervollständigung bedürftig gezeigt, sondern ist auch der Wert einer ihrer hauptsächlichsten Institutionen, des Wahlrechts der drei Klassen, wenigstens soweit eine Neureinrichtung in Frage kommt, in mancher Beziehung zweifelhaft geworden, wie denn auch bei Erteilung der Gemeindeverwaltung für Frankfurt a. M. durch die Verordnung vom 25. März 1897, welche im übrigen sich eng an die Städteordnung vom 30. Mai 1893 angeschlossen hat, es vorgesehen worden ist, von dem Dreiklassenstimm abzugehen. In gleicher Maßnahme für Schleswig-Vollstein rät die entscheidende Vorliebe der dortigen Stadtkommission für das hiesige bestehende gleichmäßige Stimmrecht der gesamten mit Wahlrecht überhaupt versehenen Bürgerschaft.

Das war 1898. Jetzt schreiben wir 1900, da soll das Dreiklassenwahlrecht, das schon vor vierzig Jahren von der Regierung vorgegeben wurde, in Kiel seinen Eingang halten! Das ist der Fortschritt in Preußen!

### Der Fürst als Volkstribun.

Im Reichstagswahlkreis Düren-N. ist als Kandidat des Zentrum seine Wähler bei der bevorstehenden Wahl dem Fürsten Alfred Salum-Neifferscheidt-Dun als „Volkstribun“ huldvoll seit 1893 erblicher Inhaber des Ehrenamtes und zugleich Vizepräsident des Vereins vom heiligen Lande. Die Zentrum Arbeiter protestieren in einer großen Versammlung gegen die Fürst-Kandidatur.

Vor etwa anderthalb Jahren hat sich die sozialdemokratische Presse mit diesem Herrn einmal eingehender befaßt. Die damaligen Mitteilungen verdienen jetzt in die Erinnerung zu rufen:

Auf Schloß Dn im rheinischen Kreis Grewenbroich war der Verwaltungsrat im Alter von 78 Jahren gestorben. Er hatte fast fünfzig Jahre im Dienste der fürstlichen Familie gelebt. In der in den Zeitungen erscheinenden Todesanzeige rühmt ihn Fürst Salum eine „raffische, aufopfernde Tätigkeit“ nach; für das Schloß Dn habe er „bis zu Letzt Schloß und Gegend gepflegt“. Dann schreibt Fürst Salum in der Todesanzeige (1): „Wenn heute, im Zeitalter des Geistes und der Wissenschaft, wo jeder Herr sein Will und Aufopferung ein Leeres Wort geworden ist, manches Auge bange in die Zukunft blickt, in die Zukunft der eigenen Familie und des Vaterlandes, so schlägt das Herz wieder hoffnungsfreudiger bei dem Gedanken an das mächtig wirkende Beispiel solcher Männer, die nur (!) Arbeit, Treue und Selbstverleugung gekannt.“

Es mühte wunderbar an, einen Agrarier gegen Geistes und Wissenschaftlichkeit dornen und für Aufopferung und Selbstverleugung schmähen zu hören. Aber der Fürst meint in die andere Richtung: „Herrlich hat die Tatsache, daß der Herr in seinem geduldeten feindlichen Herzen wider allen Gehmaß in einer Todesanzeige Luft machte, einen realen Untergrund: Auf Schloß Dn war nämlich kurze Zeit vorher ein Streik der Bediensteten gewesen, weil die Leute nicht länger als 70-Minuten im Minut für 120 M. im Sommer für 150 M. ohne Kost arbeiten wollten. In der Tat eine unverkennbar „sozialistische“, die nicht mehr für Folge fürstlichen Köhne in „raffisch aufopfernder Tätigkeit“, „Schloß und Gegend pflegen“ will und die noch etwas anderes kennt als „nur Arbeit, Treue und Aufopferung.“ — Wie muß dieser fürstliche Zentrumschrift beauern, daß die Zeiten der Leibesgenossenschaft endgültig vorüber sind!

Die erwähnte Protestversammlung in Düren ging von Leuten, die jahrelang Vertrauensmänner in der Zentrumspartei und in den Zentrumsgewerkschaften besessen haben. Der Einberufer erntete von der tausendköpfigen Menge stürmischen Beifall, als er gegen die Fürst-Kandidatur zu Felde zog. Ein Vertreter des offiziellen Zentrums, ein Gewerkschaftsbeamter, erklärte, daß auch er vieles in der Zentrumspolitik verurteilen müsse; besonders könne er sich mit dem Vorgehen der Partei in den Steuerfragen nicht einverstanden erklären. Inzwischen der Fürst sei ein Mann, der für „alle Stände“ eintreten wolle. Das Pöbelgeschrei der Versammlung ließ den Redner nicht weiter sprechen.

### Kleines Feuilleton.

#### Das Nicht der Schwangeren.

In der „Wiener Arbeiterzeitung“ lesen wir: Die jugendliche Wamian eines großen Bureau's ist nicht nur verlobt, sondern hat schon in anderen Umständen. Die Geseh leben es und ihr Gegen teil der Jungfer Mutter zum Ründe werden. Die Wamian wird von dem Geseh bingerufen, man teilt ihr mit, daß die Firma, leider, mit Rücksicht auf das gesamte Personal und auf die Klienten des Bureau's, so ihren aufsichtigen Bedauern genügt sei, die Dame sofort zu entlassen. Die Entlassene, die mit den hundert Kronen Monatsgehalt gerade für ihre schwere Zeit gerettet hatte, gibt sich mit den lächlich-schmerzlichen Abschiedsreden nicht zufrieden, sondern bringt beim Bezirksgericht für Handeldachen in Wien eine Klage auf Erlass der stündigenfrist ein. Und gewinnt den Prozess. Die Zeitung, „Das Recht“, der wir diesen Fall entnehmen, gibt auch die wichtigsten Sätze aus der Urteilsgründung wieder. Sätze von blinder juristischer Schärfe. Zunächst wird festgestellt, daß die aufgeschriebene Schwangerenfrist unter Umständen einen Entlassungsgrund im Sinne des Gesetzes darstellen kann. So denn der Fall des Art. 64, §. 6, G.-B.-O. vorliegt. Aber der zitierte Artikel zeigt nun auch, daß kein Erfordernis nach dem gegeben ist, wenn der Lebenswandel der Schwangeren als unzulässig erscheint. Dies wird etwa der Fall da, wo die Schwangeren den Geseh überläßt zum Zwecke des Erwerbes pflegt. Und man nun auch die betreffende Anweisung (ob mit Recht oder Irrtum, bleibt dahingestellt) schon die Tatsache der unzureichenden Empfangnis an und für sich als unzulässige Handlung kennzeichnen, von einem unzulässigen Lebenswandel kann, wenn diese Tatsache allein vorliegt, nicht gesprochen werden. Nach dem die Wamian die Schwangeren verlobt, geht sie daran, die im Gesetz erwähnten „besonderen Gründe“ zu untersuchen, die zur Entlassung einer Schwangeren berechtigen. Wenn es sich zum Beispiel um eine Verkäuferin in einem offenen Laden handelt, wo Kinder als Kunden auftreten. Dies aber handelt es sich um ein Bureau, in dem überleben kein Bedarf von Kinderleuten im Laden stattfindet, und da meint das Gericht, daß die Auffassung, als könne die Angestellte wegen des Zustandes der Schwangeren Anstoß erregen, als Unbegründet bezeichnet werden. Es ist notwendig, daß die heutigen Erwerbsverhältnisse, zumal in der Großstadt, die eheliche Verbindung immer mehr und mehr erschweren. In einem großen Teil der Bevölkerung, welche die Zusammenhänge der ehelichen Verbindung nicht mehr empfinden, auch die Gruppe der Angestellten, zu denen die Klägerin gehört, findet unter den schwie-

Nicht besser erging es den anderen Verteidigern der offiziellen Kandidatur. Obwohl die Freunde des Fürsten sämtlich versprachen, mit allen Kräfte vertraute Redner, die wenigen Wortführer der katholischen Arbeiter aber unbesohlene Sprecher waren, trugen die letzteren einen vollen Sieg davon. Die Erwähnung liegt aus keinem, als die Praktiken bekannt wurden, mit denen das offizielle Zentrum gegen die Ansprüche der Arbeiter gewirkt hat und als darauf hingewiesen wurde, daß die Zentrumspresse die Aufnahme der Versammlungszugehörigen verweigert hat.

Man ließ schließlich die Verteidiger des Zentrums gar nicht mehr zum Wort kommen, sondern schrie sie nieder. Die Versammlung beauftragte das Komitee, Schritte zur Aufstellung eines den katholischen Arbeitern genehmen Kandidaten zu tun.

### Deutsches Reich.

Unter der Krise. Unter der Einwirkung der Wirtschaftskrise in Verbindung mit der vor einigen Jahren getrossenen Tarifreform ist der Reinertrag der badischen Staatsbahnen von 26 Millionen im Jahre 1907 auf 13 Millionen im Jahre 1908 gesunken. Die Regierung will dadurch Abhilfe schaffen, daß sie die beschleunigten Veroneigungen wegfallen läßt, in denen der Bahnerwerb in der dritten Klasse pro Kilometer zwei Pfennig beträgt, also so hoch ist, wie in Preußen in der vierten Klasse. Die Bahndienstmannen und Arbeitervereine protestieren gegen diese reaktionäre Maßnahme der Regierung.

Deutsche „Kolonisation“. Wegen „hepischer Umtriebe“ gegen die deutsche Verwaltung in Ostafrika ist der Araber Scheich bin Muhammed, ein Gehilfe aus Zanzibar nach der Insel Mafia „deportiert“ worden. Eobor bin Muhammed war von „freigeistigen“ Mohammedanern beim Bezirksamtmann von Zanzibar angeklagt worden mit der Bitte, seinen „Umtrieben“, welche die Bevölkerung „beunruhigten“, ein Ende zu machen. Er wurde zwangsweise nach Dar-es-Salaam befördert und von dem Gouverneur nach der Insel Mafia verwiesen.

Diese unglaublich klingende Meldung macht die „Köln. Ztg.“ Sie erfordert sofortige Aufklärung.

Was ist ein Neue-Gesetz? Diese Frage wurde in der Budgetkommission des Reichstages aufgeworfen bei einem Titel, unter dem 85 145 M. getordert werden. Der Kriegsminister setzte auseinander, daß aus diesem Fonds Weiskene an die Unteroffiziere und Mannschaften gegeben werden, über die der Kaiser keine Abgabe. Selbstverständlich bewilligte die Budgetkommissionserhebung daraufhin mit Hurra die geforderte Summe.

Erschließliche Schulverhältnisse. In Weilsheim bei Solmar mußte die Schule wegen Mangel an Schulmaterial geschlossen werden. Der Zustand der Schulräume ist ein solch ein als die beschriebenen Anforderungen. Obgleich es nach Aussage der Vorstände die schlechtesten Schulräume des ganzen Kreises sein sollen, ist dies doch noch zweifelhaft. Auch in Wingen im Kreise Zabern erhalten die Schulinder in ungeheuren Nämten den Unterricht. Dem Lehrer sind die Vorkosten von zwölf Kubimeter Holz um zwei Kubimeter vermindert worden, da angeblich aus der Gesehliche bei dem selbständigen Holzunterstützt Feuerholz brauche.

Die Justiz gegen die Wahlrechtsforderer. In Dresden wurde wiederum ein Wahlrechtsdemonstrant zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Nationalliberaler Parteitag. In der letzten Sitzung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei wurde der geschäftsleitende Ausschuss beauftragt, die Vorbereitungen für den diesjährigen allgemeinen Parteitag der Partei zu treffen. Dieser soll im letzten Drittel des Septembers in Eisenach stattfinden, und damit zugleich die 50-jährige Erinnerungsfest für den Nationalverein verbunden werden, zu dem am 14. August 1859 der Grundstein in Eisenach gelegt wurde.

### Frankreich.

#### Die Erfolge des 11. März.

Man schreibt uns aus Paris unter dem 11. März: Die Nachrichten, die gestern hattergekommen haben, bedeuten in ihrem Gesamtergebnis einen großen Erfolg der sozialistischen Partei und eine weitere Etappe in dem Zerlegungsprozess, dem die radikale Partei verfallen ist. Damit zugleich bedeutet sie eine Niederlage des Ministeriums Clemenceau.

Von den zur Wahl stehenden Mandatären hätte die sozialistische Partei keines befehlen. Das Resultat ist für uns die Eröberung eines Mandats in Lyon im ersten Wahlgange und die sichere Aussicht, in Lyons in der Stichwahl ein zweites zu holen. Beide Mandate gehören bisher dem Radikalen. Das mit freier Verzicht auf die sozialistische Partei bei den Nachwahlen auf vier Mandate.

Im allgemeinen haben wir einen außerordentlich großen Stimmengewinn zu verzeichnen. Nur zwei Wahlkreise bilden darin eine Ausnahme: Der erste Wahlkreis im Departement Aisne, wo wir 1900 Stimmen verloren und der 1. Wahlkreis von Clermont-Ferrand, wo wir 1000 Stimmen einbüßten. Schuld ist die mangelhafte Organisation, das Fehlen der sozialistischen Presse und die eigentümliche Wahlorganisation. In beiden genannten Kreisen fanden sich zwei Radikale gegenüber, ein ministerieller und ein antilementarischer. Das Gros der meist kleinbäuerlichen sozialistischen Wählerchaft stimmte bereits im ersten Wahlgange für den antilementarischen Kandidaten, zumal die sozialistischen Kandidaten hier wie dort keinerlei Aussicht hatten. In dem hiesig umrittenen Wahlkreis von Louvain siegte der reaktionäre-radikale Kandidat gegen den Genossen Renaud mit 8237 gegen 5828 Stimmen. Obwohl der Radikale hier sehr geringen. Als einziger Kandidat aufgestellt hatten und das alle, von Prefekten bis zum letzten Radikalmänner, von den Klaffen bis zu den „unabhängigen Sozialisten“ gegen uns mit Hochdruck arbeitete, dann können wir stolz auf diese „Niederlage“ sein.

Im 4. Wahlkreis von Lyon, wo Genosse Rogers, Vichou, mit 4513 gegen 3601 bürgerliche Stimmen gesiegt wurde, liegen unsere Stimmen um 1900 gegen die letzte Wahl. Im Wahlkreis von Moutiers (Savoie), liegen unsere Stimmen von 0 auf 238. Im 3. Wahlkreis des Departements Seine-et-Normandie, von 0 auf 1671. Im 2. Wahlkreis von Pontivy von 1393 auf 1803. Im 1. Wahlkreis von Amiens von 5092 auf 8996. Hier fehlen uns nur 400 Stimmen zur absoluten Mehrheit. Den Ausschlag geben die Radikalen, die 4700 Stimmen verloren, und damit den Wahlkreis, und ein „revolutionärer Sozialist“, mit 310 bzw. 300 Stimmen. In dem davon beobachteten Kreise Doullens liegen unsere Stimmen von 605 auf 922. Im 6. Wahlkreis des Departements Yonne schließlich liegen die sozialistischen Stimmen von 0 auf 2151. Wir begnügen uns an diese Zahlen aufzuführen. Der Niedergang der Radikalen ist sehr gering. Die Triumphe der Sozialisten über die Sozialisten von Lyon, der in Wahrheit die Schmach ist, bleibt ihnen denn auch in der Seele stecken. Nur die „Affäre“ wimmert über die Haltung der Sozialisten, die gestern Herrn Clemenceau bei der Vertrauensabstimmung des früheren Ministers Fouquet aufstießen. Herr Clemenceau konnte zwar seine Rede inmitten eines dreimal gestörten Publikums und umgeben von einem Riesenauflauf von Polizei und Kavallerie halten. Er konnte aber nicht verhindern, daß Tausende von Wählern Arbeiter die Stimmen der Forderung mit Pfiffen und dem Gesang der „Internationale“ ausdient. Auf Umwegen, in einem unheimlichen Automobil, fuhr Clemenceau daher, um der verdienten Anerkennung zu entgegen. Ueber 150 Verhaftungen wurden vorgenommen. Das Polizeiaufgebot, die handlosigen Brutalitäten, verbunden mit den Wahlbelägen der Radikalen, das bietet zusammen ein wenig schönes Bild der Regierung Clemenceau.

#### Das Ende des Zeitlinterleiters.

Paris, 9. März. Wie aus Moskau berichtet wird, ist ein Erneuermen zwischen den ausländischen Arbeitern und den Fabrikbesitzern erzielt worden.

### Rußland.

#### Was die Duma bewilligt.

Petersburg, 9. März. Die Duma bewilligte 40 Millionen Rubel zur Verwirklichung der Kriegsvorräte und Munition.

### Parteinachrichten.

Zentrumliste der Partei. Der Kassierer der badischen Landesorganisation und Sekretär des 11. badischen Reichstagswahlkreises, Genosse Heinrich Schäfer in Mannheim, ist an den Folgen einer Blinddarmerkrankung gestorben. Gen. Schäfer war noch auf unserm Landesparteitag in Offenburg in voller Kräfte und Gesundheit anwesend und beteiligte sich an den Verhandlungen. Mit Schäfer ist ein pflichttreuer und treuer Arbeiter der Partei gestorben. Die badische und deutsche Sozialdemokratie verlieren in ihm einen tapferen Kampfgenossen.

revolutionäre selbst. Zwar hat dem Ministerpräsidenten Stolypin die reaktionäre Mehrheit der Duma, die auf Grund eines neuen Wahlgesetzes zustande gekommen ist, ihr Vertrauen ausgesprochen, als er abtritt, daß die russische Regierung selbst Attentate provoziert, um den Gassen, die Straße und den Ausnahmestellung zu rechtfertigen, obwohl die Angaben von dem sehr streifen im Sinne. Man nennt die Redeliste Nicht-Genossen. Aber man kann es wohl begreifen, wenn selbst ein Auser sich moralisch erheben hinter die Stolypin und Nachfolger, die heuchlerischen Wörder am Ministerium.

#### Ueber eine Eisenbahnfahrt in Japan

gibt Professor Joseph Schinger in einem interessanten Aufsatz: Karawane Eisenbahnen, dessen Schluss das Märchen der „Eidenden Monatsheft“ veröffentlicht, folgende hübsche Schilderung: Wie nett und gemütlich ist es in dem Abteil des japanischen Bahnzuges, in dem wir vortrefflich untergebracht sind! Längs der Seitenwände stehen hier die gepolsterten Bänke hin, auf denen es sich bei einheimischen Passagieren, wenn der Landesfröhen mit unterliegenden Feinen sitzend, bequem gemacht haben. Hebrerica, aus fremdem Mund zu vernehmen, daß ihr schönes Land schon sei, erschöpfen sie sich in Liebenswürdigkeiten und Aufmerksamkeiten; der eine teilt uns von seinem Reichthum mit, der andere bringt eine englische Zeitung, ein dritter bietet uns Obst an. Es recht sich vorzüglich in der japanischen Eisenbahn, die sich durch manche, auch in uns mütterliche Einrichtungen auszeichnet. So ist auf jeder Station der Name der nächstfolgenden angegeben; ebenso ist bei jeder Station eine große Tafel mit weißlich lesbaren Schriftzeichen angebracht, die in japanischer und englischer Sprache die Schenkmäßigkeiten des Ortes und seiner Nachbarschaft und die Entfernungen aufzählt. Selbst auf kleineren Stationen werden getrunken. Obi, Tabak, Getränke und Speisen feigegeben, und zwar wird nicht bloß in eine heimischen sondern auch den fremden Bedürfnissen Rechnung getragen, für die in niedlichen Holzschalen (Went) Wölchen mit Schinken, Käse, harten Tieren und Salz bereit stehen. Verzüglich Frägen nehmen dem Reisenden, kaum daß der Zug stillsteht, die Sorge um sein Gepäck ab und sind ihm bei der Lösung der Fahrkarte beifällig; und während der Fahrt durchwachen aufmerksame Wächter die Wagen der ersten und zweiten Klasse, stauben die Bänke ab, reinigen den Fußboden, bürsten die Reisenden ab und vermitteln auf Wunsch Frez und sonstige Erfrischungen. Und dann die bescheidenen, aber in japanischen Eisenbahnen für die vornehmlichste Bedienung zweiter Klasse 3 Yen 93 Sen, also etwa 8 Mark, während bei uns die kürzere Strecke München-Wien 28 Mark 90 Pfennig kostet.

# Deutscher Reichstag.

223. Sitzung. Dienstag, den 9. März, nachmittags 2 Uhr.  
Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Weingesezes.

Die ersten beiden Paragraphen werden debattellos angenommen. § 3 bezieht sich mit der Zuerkennung des aus inländischen Trauben gewonnenen Weines oder Weines. Ein Antrag Paasche (natl.) will, daß der Zufuhr an Juckerwasser ein Viertel anstatt ein Fünftel betragen darf. Ein Antrag Hornmann und Müller-Vieland (Zentr. Volkspartei) will, daß die Zuerkennung anstatt bis zum 31. Dezember bis zum 31. Januar vorgenommen sein muß, wie es ursprünglich in der Regierungsvorlage auch lautete.

Abg. Dahlem (Zentr.) wendet sich gegen den Antrag Hornmann. Wer seinen Wein zudem will, hat bis zum 31. Dezember Zeit genug. Sollte die Regierung das Gesetz hienach scheitern lassen, so mag sie es auf ihre Verantwortung tun. (Beifall im Zentr.)

Abg. Freiherr v. Hehl zu Herrnsheim (natl.) hält die von der Kommission gemachte Fassung des Gesetzes für die beste (Hört, hört! im Zentr.) und will unter allen Umständen daran festhalten.

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Einheitsrecht des Kaiserlichen v. Schönmann ebenfalls einträglich vor Annahme des Ges. unter Hinweis auf die bestehenden Abkommen mit Italien und Frankreich. In Frankreich, mit dem wir in einem Wirtschaftungsverhältnis stehen, hat die beabsichtigte Einführung des Deklarationszwanges für ausländische Weine schon zu großer Erregung geführt. Stellen Sie die Regierungsvorlage wieder her, zum mindesten die Bestimmungen der nationalen Weingesetze, die hinreichend genau sind.

Abg. Dr. Blankenhorn (natl.) bedauert die abnehmende Regierungserklärung. Der § 66 sei für den deutschen Weinbau von größter Wichtigkeit.

Abg. Stauffer (Wirtsch. Vgg.) wendet sich gegen den Antrag, die Frist für die Zuerkennung bis zum 31. Januar auszuheben. Die Handelsverträge mit Italien würden durch den § 66 in keiner Weise berührt.

Abg. Raumann (Zentr. Vgg.): Den Antrag Paasche auf Entzifferung der Zuerkennung aus dem Gesetze bitte ich abzulehnen. Der Grundgedanke des Gesetzes würde dadurch verschwinden. Auch der andere Antrag Paasche ist unannehmbar, die Aushebung der Zuerkennung bis zu einem Viertel würde dahin führen, daß das Getränk bald kein Wein mehr ist. Die anderweitige Bestimmungen des Gesetzes sind geschädigt worden, ich nicht einzuheben. Nach den Handelsverträgen kann doch ein ausländischer Wein nicht das Recht haben, als deutscher Wein bezeichnet zu werden. Freilich soll das Gesetz nicht an dieser Bestimmung scheitern. (Hört, hört! bei den Soz.)

Das Haus vertagt sich. Präsident Graf Stolberg schlägt vor, morgen keine Sitzung zu halten, da die Budgetkommission den Tag für ihre Arbeiten wünscht.

Abg. Ledebour (Soz.): Auch ich bitte, morgen nicht ausfallen zu lassen. In der Budgetkommission wird überflüssig viel getrieben. (Gr. Heiterkeit.) Die Budgetkommission kann auch auf andere Weise fertig werden, ohne das ganze Haus zum Stillen zu bringen.

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuerkennung nur 20 Prozent der gesamten Fähigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Köstler (konj.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

die gemäßigten Moralisten, die eine „Gefundung des Volkes“ nur von einer möglichst drastischen Verschärfung des Strafgesetzes erwarten.

Von außerordentlicher Bedeutung ist die weitere Feststellung der offiziellen Kriminalstatistik, die Steigerung der Kriminalität bekräftigt sich hauptsächlich auf eine Zunahme des gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Verbrechertums. Unter den Verurteilungen insgesamt hat innerhalb 25 Jahren die Zunahme der Nichtvorbestraften 241 Proz., die der Vorbestraften aber 184,6 Proz. betragen! Ob die Rückfälle zum größten Teil in den Personen der Rückfälligen begründet sind, darf billig bezweifelt werden, nachdem die Gerichtslandstrafen so viele Affären aufweist, wo a la Hauptmann von Köpenick die „Polizeiaufsicht“ den Vorbestraften die Wiederkehr in ein ordentliches Erwerbsleben so schwer macht. Straßvolk und nachfolgende politische Medecinen treiben sehr viel ehemalige Strafgefangene unrettbar in die Arme des gewohnheitsmäßigen Verbrechertums.

Vertrachtet man die Verurteilten in bezug auf ihr Geschlecht, so stellt sich eine Vermehrung der männlichen Verurteilten um 29,1 Proz. heraus, dagegen ist die Zahl der weiblichen Verurteilten um 1,3 Proz. zurückgegangen. Auch wenn man die jugendlichen herausreißt, findet sich die sehr erhebliche Vermehrung der männlichen Verurteilten von 43,5 Proz., mögen die Ziffer bei den jugendlichen weiblichen Verurteilten gegen 1902 um 1 Proz. gefallen ist. Der Mann muß heute ins förmliche Leben, sagte schon Schiller, und wenn auch inzwischen die gewerbeltätige Frau in unserem Gemeinleben eine Mannesehrung geworden ist, so liegt es doch in der Natur der Sache, daß noch immer der Knabe in erster Linie den Lebenssturm durchzustampfen hat, voraus sich die höhere Kriminalität der männlichen Jugendlichen ergibt.

Ebenfalls beweist die ungleich höhere absolute Zahl der in der Industrie, Handel und Verkehr tätigen Verurteilten (312 845) gegenüber der in der Landwirtschaft tätigen Verurteilten (94 933), wie der schärfste Kampf um die Existenz einhergeht mit der Aufspaltung der Klassenangehörige, die sich vor allen Dingen in der Industrie und im Handel vollzieht.

Auch auf das Verhältnis des religiösen Bekenntnisses zur Kriminalität wirkt die offizielle Statistik ein interessantes Schlaglicht. Nach der letzten Zählung der Angehörigen der Religionsgemeinschaften (1. Dez. 1905) waren von 100 Reichsbürgern 62 evangelisch, 36 katholisch, 1 jüdisch. Von den 1906 verurteilten Personen waren aber rund 67 Proz. evangelisch, 42 Proz. katholisch, nicht 1 Proz. jüdisch! Danach wäre die Kriminalität allgemein bei dem katholischen Volksteil am ungünstigsten.

Greift man einzelne Landesteile heraus, so macht man hier eine parteipolitisch interessante Entdeckung. Am härtesten kriminal belastet waren Bremen mit 220 Proz., in rheinische Bayern mit 133 Proz., Provinz Ostpreußen mit 154 Proz., Berlin mit 133 Proz., Hamburg mit 143 Proz. der Zivilbevölkerung. Die Ergebnisse sind aus einer Reihe von sozialen und individuellen Ursachen die Sammelplätze der Verbrechenverbrechen; hier, wo sich der Weich am profügsten breitet macht, bieten sich die meisten und besten Gelegenheiten zu Eigentumsverbrechen. Sodann sind die Hafenstädte der Hauptstützen einer internationalen Verbrechenverbreitung. Doch aber wieder eine Domäne der „christlich-sonderbaren, Inigstrücker“ Junker, die Provinz Ostpreußen, kriminal härter belastet ist wie die beiden größten Städte Berlin und Hamburg, wirkt ein beziehendes Licht auf die „wreuliche Vende“. Nicht die mit reichen Arbeitermalen erfüllten Industriebezirke und ältesten sozialdemokratischen Hochburgen weisen die härteste kriminalistische Belastung auf, sondern da wie die Junker herrschen, die dem Volke sukzessive die notwendige Bildung vorenthalten, haben die Verbrechen ihren fruchtbarsten Boden.

Zur Gründung einer eignen Presse im Zeiter Kreise:  
Hec. Extraktor des Spielstubs Aue 4.— Markt. H. R.  
Potemaisien. Arbeiter-Modellerverein Ködlin 4.10 Markt. Albin Stolze.  
Zeig. Regellklub Harmonie-Sabissa Extraktor 4.50 Markt. A. Leopoldt.

Verantwortlich für Verantw., Politische Ueberlicht und Parteinarichtungen Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bod, für Lokales Otto Riebur, für Provinziales und Verammlungsberichte Walter Leopoldt, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

# Grosse Gardinen-Woche.

Ein selten günstiges Angebot in Engl. Tüll-Gardinen, nur bestbewährte, vorzügliche Qualitäten zu ausserordentlich billigen Extra-Preisen.

<b>Serie I:</b>	das Meter statt 60 Pf. <b>38 Pf.</b>	<b>Serie II:</b>	das Meter statt 80 Pf. <b>50 Pf.</b>	<b>Serie III:</b>	das Meter statt 105 Pf. <b>65 Pf.</b>
	abgepasst, das Fenster <b>225</b>		abgepasst, das Fenster <b>4<sup>00</sup></b>		abgepasst, das Fenster <b>550</b>
	statt M. 3.50		statt M. 6.75		statt M. 7.75

Ein Posten elegante Erbstüll-Stores statt 7<sup>00</sup> jetzt 4<sup>50</sup>

# Geschäftshaus J. LEWIN,

Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

# 3 Tage für Kleiderstoffe!

Donnerstag

**Cheviot**

110 cm breit, reine Wolle, schwere Qualität, schwarz und farbig

Wert 2.85 Mk.

Ausnahmepreis Meter

**1<sup>25</sup>**

Freitag

**Englische Batiste**

bedruckt, ganz feines seidenartiges Gewebe, entastende Muster

Wert bis 1.10 Mk.

Ausnahmepreis Meter

**48** Pf

Sonnabend

**Sammetflanelle**

bedruckt, Ia. Fabrikat für Morgenröcke, Blusen und Kinder-Kleider

Wert bis 90 Pf.

Ausnahmepreis Meter

**38** Pf

Im Parterre auf Extra-Tischen ausgelegt.

**Mousseline**

in schönen hellen und dunklen Mustern, darunter Ia. reinwollene Qualitäten

Wert bis 1.25 Mk.

Ausnahmepreis Meter 75 Pf., 58 Pf.

**38** Pf

Hamburger  
Engros-Lager  
Leopold

**NUSSBAUM**

G. m. b. H.  
Halle a. S.,  
Gr. Ulrichstrasse  
60/61.

**Verband der Maler etc. Filiale Halle a. S.**  
Freitag den 12. März 1909, abends 8 1/4 Uhr,  
bei J. Strelcher, Kl. Klausstr. 7.

**Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Bericht der Delegierten von der General-Versammlung.  
2. Verschiedenes.  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht. Der Vorstand.

**Zentral-Verband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen**  
Zahlstelle Halle a. S.

Freitag d. 12. März ab. 8 1/4 Uhr im „Engl. Hof“, Gr. Berlin 14

**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: Vortrag des Arbeitersekretärs, Gen. Goldberg über: Zeit und Streitfragen im bürgerlichen Recht. Kollegen! In Anbetracht des wichtigen Themas ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen und zu agitieren, da der Vortrag für jeden Kollegen von Wichtigkeit ist.  
Die Orts-Vorwaltung.

**Dtsch. Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Zeitz.  
Freitag, den 12. März 1909

**Sektions-Versammlungen**

Sektion **Bau- u. Möbeltischler**, abends 6 Uhr bei Steinert.  
Sektion **Instrumentenmacher**, abends 8 1/4 Uhr bei Steinert.  
Sektion **Korbmacher**, abends 8 1/4 Uhr bei Gellstrich.  
Sektion **Maschinenarbeiter**, abends 8 1/4 Uhr bei Gellstrich.

Tages-Ordnung für Tischler und Instrumentenmacher:  
Das Benzin. Räuchern der Hölzer.  
Tages-Ordnung für Korbmacher und Maschinenarbeiter:  
Branchen- u. Werkstatt-Angelegenheiten.

Alle Kollegen und Kolleginnen müssen erscheinen. Die Verwaltung.

**Soziald. Verein, Bornitz.**  
Sonntag den 14. März abends 8 Uhr in der „Waage“

**Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Leopold-Seit. 2. Bericht von der Gemeindevorsteher-Konferenz. 3. Bericht der Lokal-Kommission. 4. Gesellschaftliches.

Alle Mitglieder, auch die weiblichen, letztere bekommen ihre Bücher, sollen kommen.  
Der Vorstand.

**MEUSELWITZ.**  
Sonntag, den 14. März, nachm. 1/2 Uhr im Restaurant „Glad auf“

**Versammlung**

der Lokalkasse der Bergarbeiter.

Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten. Die Verwaltung.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. J. g. n. e. r. — Druck der Halle'sch. Genossenschafts-Vereinigung. (G. m. b. H.). — Verleger: born. Aug. G. r. o. h. j. e. h. t. u. J. ä. h. n. i. g. — Emil. i. Halle a. S.

**Soziald. Verein, Distrikt Bockwitz.**  
Sonntag, den 14. März, nachmittags 3 Uhr  
in Waldans Zentral-Hotel

**Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über die französische Revolution. 2. Verschiedenes.  
Der Distrikts-Leiter.

**Achtung! Achtung!**  
**Dtsch. Holzarbeiter-Verbd.**

Zahlstelle Sangerhausen.  
Sonntag, d. 13. März, abends 8 1/4 Uhr, im „Herrenkrug“

**Winter-Vergnügen**

bräufend in Theater und Ball.  
Alle Genossen und Gewerkschaftsmitglieder ladet freundlichst ein  
Die Ortsverwaltung.  
Programme sind im Konsum zu haben.

**Zentralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen Merseburg.**  
Zahlstelle:  
Sonntag den 13. März 1909 in der „Kaiser-Wilhelms-Halle“

**Brünzchen**

wozu ergebenst einladet  
Die Ortsverwaltung.

**I. V. „Turnerbund“ Zangenberg.**  
Gesangs-Abteilung.

Sonntag d. 14. März im Lokale Deutsch. Kaiser, Aue

**Abendunterhaltung**

bestehend in humoristisch-theatralisch u. gesanglichen Vorträgen mit darauffolgendem Zänzen.  
Es ladet nochmals freundlichst ein  
Anfang punkt 7 1/2 Uhr.  
Der Vorstand.

**Bitterfeld.**

**Schiess-Verein Freischütz!**  
Sonntag den 14. März im Restaurant „Gobenzollern“

**gr. Preisschlessen.**

1. Preis: 1 Regulator, sowie weitere 12 Preise.  
Die Preise liegen im Scharrenschloß 6. Blum. Halle'sche-Strasse zur Nr. 1 aus.  
Von abends 7 1/4 Uhr an:  
Ohne Karte kein Zutritt.  
Der Vorstand.

**gr. BALL.**

Der Vorstand.

**„Preussischer Hof“, Zeitz.**  
Sonntag den 13. März 1909

**Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert**

ausgeführt von den Arbeiter-Gesangvereinen Concordia-Waldhorn Zeitz, Polyhymnia-Altenburg und der Stadtblaese.  
Hierzu laden unsere passiven Mitglieder und deren Angehörige ergebenst ein.  
Der Vorstand.  
Programms sind bei allen Sangesmitgliedern zu haben.  
Anfang präzis 8 1/4 Uhr. Nach dem Konzert BALL.  
Ohne Einladung kein Zutritt.

**Zeitz. Ausverkauf. Zeitz.**

Wegen Umzug: Fahrräder, Nähmaschinen, Sprech-Apparate, Wringmaschinen, Laufmatten, Luftschläuche Laternen, Glocken, Schallplatten und andere Zubehörlinge bedeutend unter Preis.

Bom 15. April ab befindet sich mein Geschäft Kallstraße 1  
Emil Schneider, Kallstr. 4-5. Gr. Reparaturwerkstatt

**Konsum-Verein Weinböhla.**  
Verkaufsstelle Elsterwerda.

**Graupen**, stark, à Pfd. 13 Pf., fein, à Pfd. 15 Pf.  
**Linsen**, à Pfd. 12, 18, 24 und 32 Pf.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß gestern nachm. 5 1/4 Uhr mein lieber, guter Mann, der Sigmund Hermann Schnelle nach langem, schwerem Krankentage plötzlich verschieden ist. Dies zeigt tiefbetruert an die trauernde Witwe Minna Schnelle geb. Hallo nebst Kind. Die Beerdigung findet Sonntag den 13. März 1909 nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Zwintschöhna Nr. 25, 1. aus statt.

**Sozialdemokratischer Verein f. Halle a. S. u. d. Saalkreis.**  
Todes-Nachricht.  
Am gestrigen Abend, 5 1/4 Uhr, verschied nach schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Sigmund Hermann Schnelle in Zwintschöhna.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Zwintschöhna Nr. 25, aus statt.  
Um rege Beteiligung erbitte  
Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes, unseres lieben Vaters, Bruders und Schwagers, des Geschichtsführers Hermann Engelhardt, sagen wir unsern tiefgefühltesten Dank. Insbesondere dem Hof- dem Transportarb.-Verbd., dem Mitglied, d. Hombg. Halle der Filiale Dietrich, dem Herrn Pastor von Stothmann für die trostreichen Worte am Grabe und allen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, sei hierdurch herzlich gedankt.  
Dietrich, 9. März 1909. Die trauernden Hinterbliebenen.

## Cabakzollerhöhung aus „Patriotismus“.

Der deutsche Handelstag hat bekanntlich die Handelssteuer sowie einen Verzollungsvorschlag, bezogen den Ausbau des bisherigen Zoll- und Steuerrechts empfohlen. Auf den gleichen Standpunkt haben sich auch mehrere Handelskammern, u. a. die Hamburger und Berliner Handelskammer, gefügt.

Verschiedene öffentliche Äußerungen einiger Abgeordneten lassen darauf schließen, daß auch in deren Kreisen teilweise Zustimmung für eine Zollerhöhung vorhanden ist.

In dieser Situation erscheint es dringend notwendig, darauf hinzuweisen, daß die schreiende Ungerechtigkeit gegen die mittel- und kleinsten Arbeiter, gegen den Arbeiter- und Mittelstand der deutsche Reichstag begehen würde, wenn er einer Zollerhöhung zustimmte.

Jede Erhöhung des Zolles bedeutet eine enorme Belastung der armeren Schichten der Bevölkerung zugunsten der Bessersituierten.

Auch einem Nichtfachmann wird dies einleuchten, wenn wir voraussetzen, daß zur Anfertigung von 1000 Zigaretten im Durchschnitt 8 Kilogramm Tabak gerechnet werden und daß es unmöglich ist, lediglich aus inländischem Tabak Zigaretten herzustellen.

Wir haben bei unserer nachstehenden Berechnung für die billigen Sorten bis zu 40 Mark pro Milli nur das geringe Quantum von 1 Kilogramm ausländischen Tabak gerechnet und für die 5 Pfennig-Zigarette vorausgesetzt, daß sie zur Hälfte aus inländischem, zur Hälfte aus ausländischem Tabak zusammengesetzt sein sollen. In der ersten Rubrik haben wir die Belastung nach dem geltenden Zoll- und Steuerfuß angegeben, in der zweiten und dritten eventuell in Frage kommende höhere Zölle unter Beibehaltung der bisherigen Spannung zur Inlandsteuer.

Die Belastung stellt sich demnach wie folgt:

Zigaretten pro 1000 Stück	Zoll		pro Doppelgattung		Zoll		pro Doppelgattung	
	inland	ausland	inland	ausland	inland	ausland	inland	ausland
40	4	10,00	5,59	14,00	7,80	19,50		
50	5,20	10,40	7,48	18,00	9,60	19,20		
60	6,80	11,33	10	16,66	12	20,00		
70	6,80	9,71	10	14,29	12	17,14		
80	6,80	8,50	10	12,62	12	15,00		
90	6,80	7,55	10	11,11	12	13,33		
100	6,80	6,80	10	10,00	12	12,00		
120	6,80	5,66	10	8,33	12	10,00		
150	6,80	4,53	10	6,66	12	8,00		
180	6,80	3,78	10	5,55	12	6,66		
200	6,80	3,40	10	5,00	12	6,00		

Nicht in Anrechnung gebracht sind bei dieser Tabelle die Zölle, welche Fabrikanten und Händler bei Einfuhr höherer Zölle für sich insoweit der größeren Kapitalanlage zu berechnen genötigt sind. Werden diese Zölle mit in Rechnung gestellt, so erhöht sich dadurch prozentuell noch die Belastung zumunsten der geringeren Sorten.

Bei einem Zoll von 150 Mark würde also die Belastung bei den 4, 5 und 6 Pfennig-Zigaretten um 9 Prozent und darüber steigen; je teurer die Zigarette wird, desto geringer wird die Mehrbelastung, welche schließlich bei den 20 Pfennig-Zigaretten nur noch 2,6 Prozent beträgt.

Es ist erklärlich, daß Fabrikanten, die vorwiegend Sorten in höherer Preisklasse anfertigen, gegenüber ihren Konkurrenten, die ausschließlich in niedriger und mittlerer Preisklasse arbeiten, bei einer Zollerhöhung nur gewinnen können; es nimmt uns auch gar nicht wunder, daß einige Großfabrikanten, denen diese Mittel zur Verfügung stehen, in einer Zollerhöhung gar kein Unglück erblicken, da diese ihnen das beste Mittel an die Hand gibt, sich der Konkurrenz der Kleinfabrikanten zu entziehen. Sollen sich lassen sich die Abgeordneten durch solche Zollerhöhungsvorschläge, unter dem Vorwand der „Patriotismus“ verdecken.

Unter „Patriotismus“ wurde auch auf dem deutschen Handelstag seitens einiger Großindustrieller viel geredet; wie unsere Tabelle zeigt, geht der gut situierte Raucher von einem höheren Zoll für die feine Sumatra mit Havana prozentuell viel weniger, als der arme Arbeiter für seine „Gies-Waterland“-Zigarette.

Zu haben's die Besitzenden eben leicht, „patriotisch“ zu sein.

## Beamten betroffen, die bei der Wohnungsvorlage nicht beachtet worden sind.

Abg. G. H. L. (Freif. Vgl.): Die Unterbeamten sind durch das Kompromiß in jeder Weise benachteiligt, während nach der Regierungsvorlage ein Teil der Unterbeamten überhaupt keine Erhöhung des Wohnungszulagezuschusses bekommen. Die Differenzierung der Zulagestellen wird offensichtlich für immer begraben sein.

Abg. B. K. (Freif. Vgl.) begrüßt das Zustandekommen.

Abg. Strödel (Soz.):

Ich habe in der Kommission gegen den Kompromißantrag gestimmt, um dadurch der Verbesserung Ausdruck zu geben, daß die berechtigten Beamten unmittelbar der unteren und mittleren Beamten nicht genügend Rechnung trägt. Wir werden heute da für stimmen, aber nicht ohne daß ich vorher dem lebhaftesten Bedauern darüber Ausdruck gegeben habe, daß diese Wünsche der unteren und mittleren Beamten

so wenig berücksichtigt worden sind. Es war ein Fehler, daß das Wohnungszulagezuschußgesetz nicht in Verbindung mit der Beamtenbeförderung gebracht wurde. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es wurde bei der Beratung der Beamtenbeförderung immer auf die zu erwartende Erhöhung des Wohnungszulagezuschusses, namentlich für die unteren Beamten, hingewiesen. Ich habe schon damals der Verzichtung Ausdruck gegeben, daß man den Ausgleich zwischen den unteren und mittleren Beamten dadurch herbeiführen werde, daß man die mittleren Beamten statt um 10 nur um 3 1/2 Prozent erhöhen. Er beträgt jetzt über 33 Prozent erhöht werde. Diese Beförderung ist leider eingetroffen. Der Zuschlag beträgt nun 60 M. im Durchschnitt weniger als nach der Regierungsvorlage. Das wurde nötig durch die Verfallung der früher befristeten Urte. Gerade bei den Unterbeamten wäre eine stärkere Erhöhung des Wohnungszulagezuschusses notwendig gewesen. Er beträgt jetzt 150-180 M., nach der Erhöhung um 33 Prozent, im Durchschnitt 200 M. Das ist viel zu wenig. Wenn man auch darauf hingewiesen hat, daß die unteren Beamten bei der Wohnungsvorlage um 20 Prozent aufgeführt sind, die mittleren nur um 15 Prozent, die höheren Beamten um 7 1/2 Prozent, so hätte man sich diese schönen Prozentzahlen lieber die Kontenrollen anschauen sollen. Dann hätte sich ergeben, daß eine Aufhebung um 7 1/2 Prozent bei den höheren Beamten in der Tat mehr als das Doppelte des Betrages ausmacht, den eine Prozentige Erhöhung bei den Unterbeamten bedeutet. Im Durchschnitt wird der Zuschlag für die Unterbeamten um 77 M. erhöht, bei den mittleren Beamten aber um 183 M. ufm. und

## in Klasse I um 328 Mark.

(Sehr. H. b. d. Soz.) Selbst wenn man die 50prozentige Erhöhung vom Jahre 1906 hinzurechnet, so ergibt sich, daß bei den unteren Beamten der Zuschlag nur um 150 M. gegenüber 328 M. in Klasse I aufgeführt ist. Wenn man also davon spricht, daß seit 1906 der Wohnungszulagezuschuß der Unterbeamten um 100 Prozent aufgeführt ist, so kommt das nur, wie gänzlich ungenügend der Wohnungszulagezuschuß vor dem Jahre 1906 war. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Angeht dieser Tarif dann die Angehörigen des Herrn v. Rappenheim bei der zweiten Beförderung ungenügend, der mir Unwissenheit oder Unbilligkeit vorwerft, weil ich nicht von der 50prozentigen Erhöhung für die Unterbeamten gesprochen hätte. Diese Art der persönlichen Angriffe scheint ja zu den Gepflogenheiten des Herrn v. Rappenheim zu gehören, denn auch meinem Freunde Weinert gegenüber hat er dieselben Ausdrücke gebraucht. Es hat sich also gezeigt, daß Herr v. Rappenheim der Erziehung außerordentlich befähigt ist. Dadurch ist ja die Verpöthung nötig geworden, durch welche alle Durchschnittsleute

## „Bengel“, „Frechheit“

ufm. die den jähren Sammerherrn beweisen, in Zukunft aus dem amtlichen Stenogramm herauszuweisen sollen. Wir werden uns mit Geduld und Nachsicht dem Erziehungsamt widmen. (Zurück rechts: Herr Hofmann — Abg. Hofmann (Soz.): Gehen Sie mit gutem Beispiele voran! (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir brauchen wohl manchmal kräftige Ausdrücke zur Kennzeichnung unersetzlichen Standpunktes, aber persönliche Angelegenheiten ohne Provokation begehen wir nicht. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Die Spannung zwischen den einzelnen Klassen des Wohnungszulagezuschusses ist noch viel zu hoch. Es ist durchaus unzulässig, wenn man den oberen Beamten zwar eine anständige Wohnung zahlt, aber den unteren Beamten höchstens ein kümmerliches, eine Zweizimmerwohnung zu wickeln. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Daß die Mittel für eine Erhöhung des Zulagezuschusses an untere und mittlere Beamte durch Sparmaßnahmen an geeigneten Stellen sehr wohl aufzubringen wären, haben wir Ihnen schonholt nachgewiesen. Ich erinnere an die Gehälter der Gehilfen, an die 20000 Mark für den Gehilfen des Reichsjustiz. Nun, die Sache ist ja noch nicht erledigt. Ich hoffe, daß man sich im Jahre 1911 nicht nur mit einer Neuregelung der Ortsklassen begnügen wird, sondern das ganze Wesen des Wohnungszulagezuschusses in einer Weise umgestalten wird, daß die Forderungen der unteren und mittleren Beamten besser befriedigt werden als durch dieses Kompromiß. (Strahl! b. d. Soz.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. In der Abstimmung werden die Kompromißanträge angenommen.

Ebenso wird das Mantelgesetz in der Fassung der Kommission angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend die Grenzsetzung der Beamten zur Gemeindefinanzverwaltung.

Die Kommission hat im § 1 das Kommunalfiskusprivileg der Geistlichen, Elementarlehrer und der bisher bezorechtigten unteren Kirchendiener, soweit sie nach dem 31. März 1909 in das Amtsverhältnis eintreten, beseitigt.

Nach einer Beratung wird ein Schlußantrag angenommen, der unterem Beschlusse die Sache vor Abschluß der Regierungsvorlage gegen die Stimmen des Centrums und der Polen abgelehnt, der konservative Antrag, das Steuerprivileg der Geistlichen aufrecht zu erhalten, wird mit den Stimmen der Konservativen, des Centrums und der Polen angenommen.

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung am Mittwoch 11 Uhr.

## Schulz 6 Uhr

## Soziales.

### Die Klagen der Witwen von Kabbob.

Am 6. März haben acht Witwen der bei der Kabbob-Katastrophe verunglückten Vergarbeiter beim Landgericht Dortmund die Klage eingereicht. Die Witwen handeln im Auftrage der letzten Witwenversammlung, die von etwa 3/4 der gesamten Witwen besucht war. Die Klage richtete sich gegen das Kammer-Gesellschaftsamt, an dessen Spitze der Oberbürgermeister von

Kamm steht. Dieses Komitee bildete sich unmittelbar nach der Katastrophe und sammelte dann 1 1/2 Millionen, die es an das Zentral-Gesellschaftsamt, das vom Oberpräsidenten geleitet wird, abführte. Das Zentral-Gesellschaftsamt hat aus der Spende eine Rente festgesetzt, nach der jede Witwe monatlich 12,50 M. und ferner jedes Kind 6,25 M. erhält. Ausbezahlt ist heute vier Monate nach dem Unglück bis auf eine Weihnachtsunterstützung noch nicht. Die Witwen, die zum Teil nur eine Rente von 1 M. pro Tag beziehen, halten die Rentenfestsetzung des Zentral-Gesellschaftsamt für unzureichend. Sie fordern in ihrer Klage entweder die volle Auszahlung der gesamten Spende, oder eine derartige Erhöhung der Rente, daß während der mutmaßlichen Lebensdauer der Hinterbliebenen das Kapital aufgeschöpft wird. Wie die Klage ausführt, würde nach der Rentenfestsetzung des Zentral-Gesellschaftsamt noch das volle Kapital vorhanden sein, wenn die Hinterbliebenen verstorben sind. Nach der Schlichtung, so heißt es in der Klage weiter, insbesondere auch nach dem Inhalte des von dem Kammer Komitee erlassenen Auftrages, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß es die Pflicht der Spender gewesen ist, Gelder zu geben, die unverzüglich an die Hinterbliebenen verteilt werden sollten. Nach der Lebenserfahrung hat kein Spender daran gedacht, den Hinterbliebenen nur die Zinsen der gesammelten Beträge zukommen zu lassen, es sollte vielmehr die augenblickliche Not durch sofortige Maßnahmen gelindert werden. Die von dem Komitee beabsichtigte Verteilung der Spende entspricht also sicherlich dem zu vermutenden Willen der Geber nicht. Die Spender werden ansichtslos gewaltt haben, daß die gesammelten Beträge, sei es in Teilzahlungen oder in irgendeiner anderen Form, jedenfalls aber unverzüglich, den Hinterbliebenen zufließen sollten. Darum fordert der Klageantrag in erster Linie die Auszahlung der Gelder, während der Einnahmestruktion der Standpunkt vertritt, daß die Summe mindestens verpflichtet sind, Kapital und Zinsen der eingegangenen Gelder den Hinterbliebenen unverzüglich zufließen zu lassen und nicht für Zwecke zu verwenden, an die die Spender gar nicht gedacht haben können.

## Gewerkschaftliches.

### Die Berliner Arbeitlosenaktion.

Die städtische Deputation für Statistik hat gestern über die Arbeitlosenaktion in Berlin verhandelt. Für das nächste Jahr der letzten amtlichen Zählung nach dem Meldegesetz wurde von der Statistik der Deputation die von untern Gewerkschaften vorgenommene Zählung nach Hauslisten, die einige Tage früher stattfand, verantwortlich gemacht.

Gewisse Stadtbürgermeister M. u. m. bestritt sehr entschieden, daß die Statistik abgemalt habe, die amtliche Zählung zu fälschen; die Wahrheit sei durch das Meldegesetz eben nicht festzustellen. Er beantragte, die nächste vom Magistrat beschlossene Zählung nach dem von Partei und Gewerkschaften angewandten System vorzunehmen. Der Antrag wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. — Beschlossen wurde dann mit derselben Mehrheit, Mitte Mai eine dritte und Mitte August eine vierte Arbeitlosenaktion nach dem Meldegesetz in Groß-Berlin vorzunehmen.

### Im Streit.

In Heerde sind die Farmer und Viehhändler wegen Lokalbahn in den Ausstand getreten. Zugung ist ferngehalten.

### Ein fälschliches Urteil.

Der Haupteinnehmer des Hofarbeitervereins in Dresden, G. v. L., wurde vom Meißner Schöffengericht wegen eines gegen die Firma Dieckhoff u. Co. in Meißner gerichteten Flugblattes zu 40 M. Strafe oder vier Tagen Haft verurteilt. Es wurde ihm der Schutz des § 193 Str. G. B. (Wahrung berechtigter Interessen) zugestanden, aber als Urteil in dieser Höhe gefällt, weil eine formale Beteiligung für vorliegend erachtet wurde.

In dem Flugblatt wurde der Firma vorgeworfen, daß sie die organisierten Arbeiter zugunsten der „Gelben“ maßregelt. Dieser Vorwurf wurde durch Zeugen bewiesen. Der Obermeister der Firma nahm an den Verhandlungen der „Gelben“ teil und ein Vorstandsmitglied ist zugleich auch Angehöriger des Reichs-Bundesarbeitervereins.

Das Ende des Dresdener Zigarrenarbeiterstreiks. Der Zigarrenarbeitersstand bei der Firma G. v. L. in Dresden ist nunmehr in der Lage, die Arbeit wieder aufnehmen zu können. Das Gemeindefiskusamt wurde mit wachen Bedenken wieder aufgenommen, ebenso sollen sämtliche Arbeiter wieder eingestellt werden.

## Kommunales.

### Schmergeleypresseung zu Wahlzwecken.

Eine Angelegenheit, die in den Kreisen der Berliner städtischen Verwaltung großes Aufsehen erregt hatte, beschäftigt heute die 10. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin. Unter der Anklage des Betruges hatte sich der frühere freieinige Stadtbürgermeister, Stephan Fährndrich zu verantworten. Der Angeklagte war seit Anfang der 90er Jahre Mitglied der städtischen Grundeigentums-Deputation; zu seinen Kollegen gehörte auch die Verlegung der Vorarbeiten bei der Verachtung städtischer Grundstücke. Im Mai 1907 waren in Nummernberg drei städtische Wassergrundstücke zu veräußern. Ein Käufer hatte für eins der Grundstücke 1800 M. an anderer Stelle 1800 M. geboten. Fährndrich erklärte nun dem, der das niedrige Gebot abgegeben hatte, 300 M. zu „legitimierten möglichen Schwere“ zu spenden. Er werde, falls das gefasste Veräußerung des höheren Bieters zur Zurücknahme seines Angebotes zu bewegen. Die 300 M. wurden gegeben und der Angeklagte überließ sie dem freikäufler Wahlmann. Im übrigen aber hielt er sein Wort. Das Gebot von 1800 M. wurde zurückgezogen und der andere bekam den Zuschlag. — Durch Zufall kam die Sache zur Anzeige. Das Gericht verurteilte heute den Fährndrich zu 150 M. Geldstrafe event. zehn Tagen Gefängnis. In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß weder Betrag noch Amtsentziehung vorliegt; der Angeklagte habe sich aber das Vergeben im Amte im Sinne des § 331 des Str. G. B. schuldig gemacht, da er als Beamter ein Geschenk gefordert und angenommen habe. Seine Motive mögen nicht unedel gewesen und



Summe Kommt von Privatleuten, heißt die Erparnisse „kleiner Leute“ dar, die dem Privatkapital entgegen und der gewöhnlichen Eigenproduktion zugänglich gemacht wurden. Ein gutes Omen für die Seitenarbeit der organisierten Konumenten.

**Zur Lohnbewegung der Schneider in Halle.**  
In der am Montag stattgehabten öffentlichen Schneider-Verammlung, welche sich eines starken Besuchs erfreute, wurde Bericht erstattet über den Stand der Bewegung. Die Verhandlungen der Kommission von den Arbeitgebern einerseits, sowie dem Verband der Schneider und dem Gewerksverein der Schneider (S.D.) andererseits müssen bis jetzt so gut wie ergebnislos geblieben sein. Es haben bereits 6 Sektionen von zum Teil ziemlich langer Dauer stattgefunden, ohne daß nennenswerte Zugeständnisse von den Arbeitgebern erlangt wurden. Die Gehaltsliste steht alles dar. Seit dem Jahre 1904 feststehende Tarife, die zweierlei Art sind, in den einzelnen Gewerkschaften finden, zu verbessern und ihre Doppelnatur zu beseitigen, während die Arbeitgeber darauf beharren, daß dies alles unbedingt bestehen bleiben müsse, sonst sei man nicht in der Lage, die Grundtarife zu erhöhen. Es gewinnt somit den Anschein, als ob die Herren Meister nur dann eine kleine „Bewilligung“ eintreten lassen wollen, wenn ihnen auf der anderen Seite die Gewähr gegeben ist, durch Anwendung eines zweiten Tarifs den Arbeitern die scheinbar erzwungenen Vorteile wieder abzuhöpfen zu können.

Nachdem durch die Kommission dieses Gehahren der Unternehmer gefährlich und Abwechslung gefunden, wurde nachstehende Resolution in Mi mitig angenommen:

„Die am 8. März bei Herrn H. Raubisch angenommene öffentliche Schneiderverammlung protestiert energisch gegen das Verhalten des Arbeitgeberverbandes im Schneidergewerbe zu Halle. Das Angebot der Arbeitgeber, Einführung einiger Extrarbeiten und keine Erhöhung der Grundtarife, wenn die zweierlei Tarife in einem Geschäft aufgehoben werden, ist völlig unannehmbar. Da dieses Angebot den Ansprüchen, die in den letzten fünf Jahren an die Arbeiterklasse gestellt wurden, nicht im mindesten entspricht. Die Verammlung erklärt in dem Angebot des Arbeitgeberverbandes fast einen Dolch auf die eingereichten Forderungen der Gehilfen und spricht der Kommission des Verbandes der Schneider sowie derjenigen des Gewerksvereins der Schneider (S.D.) ihr volles Vertrauen für ihr Verhalten in den Kommissionsverhandlungen aus. Beschränkt sie in diesem Sinne weiter zu arbeiten und die Gehilfenliste auch in den Schlussverhandlungen zwischen den Hauptverbänden zu vertreten.“

Die Sektionen sind vorläufig abgebrochen. Sollte am Orte keine Einigung erzielt werden, so ist allerdings das letzte Wort nicht gesprochen. Vom 20. März an finden Einigungsverhandlungen zwischen den Hauptverbänden unter Teilnahme der hinzugezogenen Vertreter aus den beteiligten Ortsgruppen statt, welche die freitragenden Punkte der Lohnbewegungen im ganzen Reich erörtern werden. Dabei wird auch Halle vertreten sein.

**Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkreis.**  
Die durch § 12 des Vereinsstatuts bezeichneten Funktionen werden erfüllt, sich am Donnerstag, 11. März, abends 8½ Uhr, pünktlich im „Volkspark“ einzufinden. Der Vorstand.

**Die Meisterteilnehmer** hat sich konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Genossen Albin Adler, Kl. Klausstraße 7, zu ihrem Kassierer den Genossen Ernst Laatz, Schwanenstraße 5, gewählt. Als Mitglieder werden: Klingner, welche man, je nach der Art, an eine von diesen beiden Adressen richten.

**Genossenschaftstafel Halle a. S.** Im Hinblick auf den gestrigen Kartellbericht lassen wir heute die Präsenzliste folgen: Anwesend waren 65 Delegierte; entfallend fehlten die Delegierten Wolf, Wader und Konditor; Wendorf, Buchdrucker; Schelke, Buchdrucker-Hilfsarbeiter; Schnabel, Holzarbeiter; Arnold, Metzger; Adonau, Schneider; Welter, Zeitschriftensetzer; und Delegierte der Bergarbeiter; unterwesentlich fehlten: Köhler, Dachdecker; Eckstein und Schönig, Glaser; Willing, Holzarbeiter; Müller, Maurer; Fleischhauer, Schneider; Lübben, Stulleuter.

**Verichtigung.** Im gestrigen Kartellbericht ist mit erwähnt, daß die Steiniger (Hilfsarbeiter) beantragten, in eine Lohnbewegung einzutreten. Der Herr May hat aber ausgeführt, daß dies in eine Mitteilungsbewegung zur Stärkung des Verbandes eintreten werde.

**Am Zeichen des Verkehrs.** Der demnächst zur Veröffentlichung gelangende Sommerfahrplan der Eisenbahndirektion Halle bringt eine Verkehrsverpflichtung für unsere Stadt. Außer den gewöhnlichen im Sommer verkehrenden Schnell- und Sonntagszügen verläßt der Fahrplan einen Zug weniger, nämlich den Aufschlagzug ab Bitterfeld 12.30 Uhr, an Stelle 12.50 Uhr. Der Rest wird bis jetzt noch die denselbe Abendsverbindung zwischen Berlin und hier sein; der Zug soll deshalb ausfallen, weil er angeblich zu wenig benutzt werden ist. — Das ganze entspricht vollkommen der Wunschliste, die man am guten Tisch der Eisenbahn als Unerbittlich nicht als Verkehrsmitteil hat.

**Desinfektion.** Die auf Grund des Gesetzes zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten erlassene, Polizeiverordnung vom 25. Januar 1904, fordert neben Fall von Typhus und Choleraerkrankungen die Desinfektion. Die während der Krankheit erforderliche Desinfektion haben in der Regel die Angehörigen selbst zu betreiben, hingegen soll die Schlussdesinfektion ausschließlich durch öffentliche Desinfektoren erfolgen. Außer den Verzeihen werden für die Hausbesitzer oder Bes�fuhrtulorale der Desinfektionsanstalt oder dem Polizei-Verwaltungsbüro, I. Schmeerstraße 1, II. Zimmer 9, sofort oder auch telephonisch Mitteilung zu machen, wenn der Kranke die von ihm benutzten Räume infolge Überlieferung in ein Krankenzimmer oder in einen anderen Unterwiesraum dem öffentlichen Desinfektoren anvertraut vorgekommen werden. Die Hausbesitzer oder Vermieter, welche in den vorstehenden Fällen eine Meldung unterlassen, würden sich möglicherweise haftpflichtig machen, wenn durch Unterlassen der Desinfektion eine Übertragung auf die neuen Bewohner der Räume stattfindet.

**Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Die 17. Aufführung des Operettenspiels „Die Doloreskinder“ findet am Donnerstag 10. März, abends 8½ Uhr, im großen Saal des Stadttheaters statt. Der erteilte Kassen-Eintrittsrechnung getragen, welche das selbste Werk gern lesen wollen und nur an diesem Tage durch den Deutungs der Heftblätter Bahn Gelegenheit dazu haben. — Freitag wird der Kassenbeamte, Vater Zufundus, das neue lustige Stück von Union Oporn, wiederholt. Gutsicherweise zeigt sich bereits durch zahlreiche Vorbestellungen für alle Plätze

ein reges Interesse für Herrn Oberregisseur Schöllings Benefiz- und Circusabend. So kam den beiden letzten Abenden in manchen Anfänger zum beliebigen Mitglied herangebildet und ihm von Halle aus seinen Weg gebietet hat, in froher Hoffnung auf ein ausverkauftes Haus am Sonnabend rechnen. Der Abend selbst verbringt hochinteressant zu werden, vor allem ist die Wahl des Soubrettes in „Lila“ ein Aufseher glückselig zu nennen. Das Schafepielchen in der Oper ist ein prächtiges Musikstück, gegeben, die an die Vorbilder der Wiesbadener Hofkapelle erinnert, das kommt die formale Reifevollständigkeit Musik. — Eingeleitet wird der Abend durch einen zur Erinnerung an Mendelssohn gehaltenen Vortrag Hubert von Gottschalk, den Herr Albert Friedrich spricht. Der Vortrag ist Mendelssohn gewidmet, der bekanntlich vor 100 Jahren das Licht der Welt erblickt hat. — Der Sonntagabend bringt eine große Doppelvorstellung: Zunächst das sensationelle Schauspiel „La femme X.“ (Die fremde Frau), hierauf Mascagni's Oper „Cavallaria Rusticana“.

**Einleitende Karte (Kollektive Arbeiter-Verammlung).** Der Bericht, einen in Halle völlig unbekanntes Künstler in die Reihe der Künstler der Halleischen Einleitende Karte, ist in dem Falle des russischen Geistes Ertem Zimbalkin sehr gewagt zu nennen. Man spricht heute von Zimbalkin ebenso wie in St. von Saratov, Joachim, Dumeter, ja wie von Bagatin. Zimbalkin hat noch die Berechtigung, nachdem die 6 ersten Konzerte einen Erfolg gebracht, nicht auf Mendelssohn beschränkt hat, als Schlußstein den Höhepunkt der Konzeption zu liefern. — Bereits angekündigt, hielt Herr Zimbalkin am Dienstag, den 16. März, das Konzert von Tschickowsky für Violine mit Orchesterbegleitung. — Balletvorstellung in der Volksbildungsanstalt von Reinhold Koch, Alte Promenade 1a.

**Bühnenveranstaltungen.** Der geschäftsmäßigste Anstoß für das Bühnenleben ist die Wahl, aus folgenden Herren: Witthob, Krüger, Barz, Greiff, Wölter, Fern und Jank. Dieselben haben ihr Bureau im Cafe Monopol (Herrnzimmer, 1. Treppe rechts) aufgeschlagen und werden in der Zeit von morgens 9-11 Uhr und von 5-7 Uhr nachmittags dortselbst Anträge und Wünsche diesbezüglich entgegennehmen. Briefe und sonstige Mitteilungen und Besuche sind zu richten an Herrn Wölter, Wölter-Verh. Halle a. S., Pfälzerstr. Nr. 7.

**III. Große Internationale Ringkampf-Konferenz im „Apollo-Theater“.** Gestern, Dienstag, dem neunten Tage der Ringkampf-Konferenz, ergaben sich folgende Resultate: Der Wolf (Belgien) siegte über Vortovsch (Zinnland) durch Kopfzug aus Stand in 5,45 Min.; Monobill (Oesterreich) über Lindauer (Schweden) in 49 Sek. durch Freitragen der Seite. Der Kampf zwischen dem Herrn (Frankreich) gegen Vortovsch (Zinnland) dauerte 30 Min. unentschieden. Aus dem Entscheidungstapfe hat die Vortovsch (Frankreich) gegen Sauerer (Bayern) auch letzterer in einer Gesamtzeit von 45,48 Min., durch verketteten Anschlag am Boden, als Sieger hervor.

**Eine raffinierte Diebstahl** wurde dieser Tage von Polizeibeamten ihrer festgenommen. Es handelt sich um eine Frau Dube, die bereits eine längere Haftstrafe wegen Diebstahls verbüßt hat. Vor einiger Zeit erfuhr sie in einem Kinematographen-Theater einen Schuhmacher kennen, der die angeblich Dube nach ihm in seine Wohnung nahm. Sie entfernte sich aus dieser heimlich und nahm ein Sparfaßentgelt über 600 Mk. mit, welches der Schuhmacher zur Wiederverkauf erhalten hatte. In der Sparfaßentgelt erfuhr der Diebstahl, daß das Buch unmittelbar vorher 500 Mk. abgehoben worden waren. Die Sparfaßentgelt machten der Polizei Mitteilung, als dieser Tage von Berlin ein mit dem Namen Dube unterzeichneten Brief einging, in dem gebeten wurde, 150 Mk. das Buch einzuliefern. Das Buch wurde aber nicht eingeliefert, dagegen erziehen die Dube persönlich in der Sparfaßentgelt wurde festgenommen.

**Gefährliche Nacht.** Am Montag nachmittag gegen 3 Uhr geriet auf dem chemischen Zwingerer Bahnhof der unvertreter Bremser L. K. beim Rangieren zwischen die Bahner wegen Güterwagen. Dem Unglücklichen wurde der Brustkorb zertrümmert, daß er auf der Stelle verstarb. — Die Gefährlichkeit der heutigen Art des Rangierens wird noch manches Opfer unter den Eisenbahnenverkörpern fordern.

**Freitragender.** Ein hier wohnender Landwirtsführer ist am Montag nachmittag erkrankt angekommen worden. Was den Mann in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt.

## Kamergericht Halle.

Vorsitzender: Magistratsassessor Köcher. Beisitzer: Schuhmachermeister Arnold, Schneidermeister Berger, Tischlermeister und Tischler.

**Ein Vergleich im Widerspruch** zwischen der Monteure Metzke und die Firma Metzke. Die Metzke-Deutsche-Amerikanische Werkzeugmaschinenfabrik. Metzke protestiert schon seit längerer Zeit gegen die Firma. Er verlangt Gehalt bis zum 31. März, pro Monat 140 Mk., da er am 2. Januar ohne Kündigung entlassen worden ist. Die Firma verweigert die Zahlung, weil der Angeklagte bei der Montierung einer Reparaturmaschine nicht sorgfältig gearbeitet sein soll. Außerdem soll die Firma Schaden erlitten haben. Zur Sache ist bereits ein Begutachter vernommen worden und man wollte eine weitere ausgedehnte Beweisnahme anordnen. Da aber die weitere Vernehmung von Sachverständigen mit nicht geringen Kosten verknüpft ist, bereitete man einen Vergleich vor, nachdem die Firma dem Kläger eine Abfindungsumme von 200 Mk. zahlen soll. Dieser Vergleichsvorschlag soll dem Direktor Krebs zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden und in einer Woche widerkräftig sein.

Unbegreifbar war eine Klage des Schmiedesellenen Just gegen den Schmiedemeister Köhler wegen kindunwürdiger Entlassung. Der Gelellte hatte beim Fußschlag ein Pferd mit einer schweren Stahlstange in roher Weise gegen die Schenkel geschlagen, infolge dessen seine sofortige Entlassung erfolgte. Ein Zeuge bezeugte die Tat des Klägers als gemein. Just nahm daraufhin seine Klage als ausföhrlich zurück.

**Eine Streitfrage über ein Engagement** lag der Klage des Arbeiters Schwarz gegen die Firma Rechin u. Vösig, Papierfabrik zugrunde. In der Firma glaubte man, ein Arbeiter werde die Arbeit niederlegen und man engagiere ein Arbeiter gleichschuldig unter der Bedingung, daß der Arbeiter nur wenn der Betreffende die Arbeit verlasse, könne Schwarz anfangen. Es wurde ein Lohn von 18 Mk. pro Woche vereinbart. Da aber jeder Arbeiter seine Stelle wieder erwarten nicht verließ, konnte der Arbeiter nicht einbringen. Schwarz verlangte nun wegen Nichtentlohnung Lohn für 14 Tage, gleich 84 Mk. Das Gericht hat entschieden, daß ein solches Engagement liegt nicht vor, fast man zu einem Vergleich, nach dem Betrag 250 Mk. erhält.

Zahlungsunfähig geworden ist ein Tischlermeister, der seinem Gefellen den Lohn von 89 Mk. nicht geben kann. Der Meister erklärte vor Gericht, gern zahlen zu wollen, wenn er etwas hätte. Er erkannte die Fortsetzung an und der Gefelle wird nun gegen den Meister im Wege der Zwangsvollstreckung vorgehen.

Wegen kindunwürdiger Entlassung klagen die Arbeiter Schmidt und Köhler gegen das Fabrikdirektor von Rechin u. Vösig. Der eine Kläger erhielt 50 Mk., der andere wurde abgewiesen. — Einen Vergleich schloffen die Gefährlicher Stricker und Runa mit dem Kaufmann Gehner und dazugehörigen, beide Parteien bezichtigten gegenseitig auf ihre Fortsetzungen.

## Veramlungsberichte.

**Der Sozialdemokratische Verein** Gerstsdorf hielt am 4. Februar seine Mitglieberterammlung ab. Leiber war die Verammlung nur wenig besucht, Genosse Niedel nahm beständ von Salzen sowie Vortragens Abhand. Es ist natürlich nicht schön von den Genossen, das sie nicht mehr Parteinteresse besitzen. Die vorige Versammlung wurde schon ganz ausfallen, da nur ganz fünf Mann da waren. Es ist ja möglich, daß die Mitterung hierzu beiträgt, aber einmal nur im Monat wird wohl jeder kommen können. Wenn lo weiter abgemittelt wird, können wir nicht vorwärts kommen. Genosse Niedel legte ausführlichen Bericht von der Gemeindefortsetzung an. — Hieran verlas der Kassierer die Abrechnung von voriger Quartale. Genosse Bensch stellte den Antrag, ein weltliches Mitglied als Vorstandsmitglied zu wählen. Genossin Lieber wurde einstimmig gewählt. Hierauf Schluß der Verammlung. (S. 3.) R. P.

## Veramlungs-Anzeiger.

Am Folgenden der heutigen Nummer werden folgende Veramlungen veröffentlicht:

- Halle: Alle in der Schmeiderei beschäftigten Personen, Freitag, 12. März.
- Maler, Freitag, 12. März.
- Rei: Holzarbeiter (Saus u. Wöbelschläger, Instrumentenmacher, Vorarbeiter, Malchinarbeiter), Freitag, 12. März.
- Rei: Holzarbeiter, Sonntag, 14. März.
- Rei: Holzarbeiter, Sonntag, 14. März.
- Rei: Holzarbeiter, Sonntag, 14. März.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Von der Lokomotive gerammt.

Gras, 10. März. Zwischen Larnis (Kantons) und Tontebbo (Cervinthen) fuhr gestern eine Hülfsmotrine in eine Gruppe von schneefühlenden Arbeitern. Drei Arbeiter wurden hierbei sofort gerammt.

### Die Spaltung in der holländischen Partei.

Haag, 9. März. Ein Referendum in der sozialdemokratischen Partei der Niederlande hat mit großer Mehrheit die Beschleße des Deventer Kongresses gutgeheißen, durch den die Marxisten aus dem Parteiverband ausgeschlossen wurden. Durch dieses Ergebnis wird die Gründung einer marxistischen Partei unabwehrbar.

### Ein belgischer Sozialist.

Brüssel, 9. März. Der belgische Leutnant Arnout, der früher Direktor in Sagalla im Kongopolat war, wurde dem 3. 2. zufolge vom Gericht in Moleuk im Hongo zu 12 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Es wurden ihm nicht weniger als 22 Verurteilungen anhängen, außerdem 14 Monate Gefängnisstrafen und 6 Monate in festen zur Haft gelegt. Leutnant Arnout, der den Hongo bereits vor zwei Jahren verlassen hat, geriet (ausgehendlich dem Offizierskurs des 3. Jägerregiments in Mons an. — Gegen diesen Verurteilung ist ja „unser“ Peter der reichte Waisenknabe!

### Der Reich Wahlkreisverband verbunden.

Kiel, 10. März. Die drei Stadtverordneten von Kiel unterbreitete Vorlage des Magistrats auf Abänderung der Kommunalwahlverordnung der Stadt Kiel ist mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt worden.

### Eine neue Delegation-Agentur.

Paris, 10. März. Aus Alger wird gemeldet, daß die Militärbehörden einen Haufen von 3 Regiment vertrieben, der kommunistische Schriftstüde bei sich trug, aus dem hervorzuheben scheint, daß abnormale eine Organisation zur Herbeiführung von Delegationen eingerichtet worden ist.

### Englische Strafen.

Paris, 10. März. In dem Prozeß gegen die deutschen Delegationen wurde gestern das Urteil gesprochen. Außer dem einen Legionär, der bereits früher zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war, wurden vier andere mit je 18 Jahren Zwangsarbeit, bestraft. Je einer erhielt 15, 18 und 18 Jahre Zwangsarbeit, die übrigen Delegationen kamen mit zwei bis fünf Jahren Gefängnis davon.

### Unter Schneemassen begraben.

Gastein, 10. März. Zurzeit sind aus den Schneemassen der am Montag niedergegangenen Lavine 17 Menschen ausgegraben worden. 14 Arbeiter wurden getötet, 9 werden noch vermißt.

## Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Zu der Zeit vom 25. bis 31. März er. finden folgende öffentliche (annemdelnde) Veramlungen statt:  
Am 25. abends 8½ Uhr, in Wölzig im Gasthof.  
Am 27. abends 8½ Uhr, in Sangers (Herrn Tischler) im Gasthof Weimroth.  
Am 28. nachmittags 3 Uhr, in Mücheln (bei Merseburg) im Kasino.  
Am 30. abends 8½ Uhr, in Merseburg in der Kaiser Wilhelmstraße.  
Am 31. abends 8½ Uhr, in Witten im Kasino.  
Zudem in allen Veramlungen: „Die Frauen und die Sozialdemokratie.“ Referent: Genossin Dittke Wader-Berlin.  
Donnerstag, der 25. und Montag, der 29. März wird noch Frode Dittke, welche auf einen dieser Tage reflektieren, wollen folches dem Unternehmern umgeben bekannt geben.  
J. H. Korab-Witter.

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke	Kufeké	Nahrung für: sowie schwächliche in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.
---	--------	---

**Zeitung-Fremdwörter**  
und  
**Politische Schlagwörter**  
Verdient und erläutert von  
**Adolf Braun.**  
Preis 80 Wfr.  
An beziehen durch die  
**Volks-Buchhandlung,**  
Gatz. 42/43.

Bis Ende März muss  
das Schuhwaren-Lager Hans Sachs, Grosse Ulrichstrasse 32,  
geräumt sein.  
**Konfirmations-Stiele,** sonst 7,50, jetzt Mk. 5,75

**Die Rechte u. Pflichten**  
des Mieters.  
Preis 20 Pfennig.  
Zu beziehen durch die  
**Volks-Buchhandlung,**  
Gatz. 42/43.





# 2. Beilage zum Volksblatt.

## Gerichtssaal. Schwurgericht.

Salle a. 2., den 8. März.

Unter dem Vorh. des Landgerichts-Directors Schubert begann heute die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode, die vornehmlich aus zwei Tagen in Anspruch nehmen wird. In der ersten Sache handelte es sich um

### Mitbringen.

Hierzu erkrankten als Angeklagte der 36-jährige Metzger Karl Wagner, ein 19-jährige und eine 24-jährige Verkäuferin, sämtlich von hier. Wagner, der sich seit November vorigen Jahres in Unterdrückung befindet, ist bereits wegen Verhülfe zur Verbreitung mit einem 2er Gefängnis verurteilt, die beiden Verkäuferinnen sind bisher unbescholt. Sie wurden beklagt, im Jahre 1908 in Halle Mitbringungen untereinander zu haben, wobei Wagner ihnen die Mittel verabreicht haben soll. Zu der Verhandlung ist eine Gefängnisführerin als Zeugin und ein Geheimrat als medizinischer Sachverständiger geladen. Die Anklage vertritt der Erste Staatsanwalt, Geheimrat Schübe. Als Verteidiger wirkten die Rechtsanwältin G. Garinon und Eugen Berg. Die Verhandlung entsagte sich wegen Sittensgefährdung der Öffentlichkeit und hatte das Ergebnis, daß Wagner unter Verhülfe mit anderen Umständen wegen verführter und vollendeter Abtreibung zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Die Verkäuferinnen wurden unter Jubilung mit milderer Umstände zu je zwei und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

### Eine unhaltbare Morberkennung-Anklage.

Des Weilers wurde gegen den 18-jährigen Dienstknecht Gustav Frell aus Witten bei Wehrburg wegen verübten Mordes verhandelt. Frell ist bisher noch unbescholt. Am 14. November v. J. besuchte er die Kirche in Obblitz. Im Tausch trat er die ihm bekannte Dienstmagd Elvire Kapfiche. Er fragte sie, ob er sie nach Hause bringen dürfe. Sie bejahte wenig Neigung, worauf er ihr Äußerlich erwiderte: „Ja, wenn Du mit einem andern nach Hause gehst, dann nur ein Schwab!“ Er trug einen Revolver bei sich, den er mit dem Vorworte von einem Bekannten erhalten haben will. Im Zimmer trank er sich „einen tüchtigen an“. Nach Schluß des Abendessens bot er der Kapfiche nochmals seine Begleitung an, wurde aber abgewiesen. Auf der Landstraße blieb er wartend stehen. Als das Mädchen in Begleitung eines Mannes, den er nicht kannte, rief er ihr ein verbes Schimpfwort zu und drohte: „Wach, das Du verdammt, sonst schick ich Dich über den Haufen!“ Er schoß dann mit dem Revolver hinter ihr her. Getroffen wurde niemand.

Der Vorfall hatte dem eifersüchtigen Dienstknecht zunächst nur eine Anklage wegen Verführung und Schießens an bewohnten Orten eingetragen. Das Schöffengericht in Wehrburg fand jedoch nach längerer Verhandlung, daß verübter Mord vorzuliegen scheint, und verurteilte die Sache an das Schwurgericht. Die Geschworenen verneinen indes, und zwar auf Veranlassung des Staatsanwalts, die auf verübten Mord lautende Schuldfrage. Frell wurde nur der Verführung und des Schießens an bewohnten Orten schuldig gesprochen. Nach Antrag des Staatsanwalts hielt das Gericht eine Verhörszeit von 30 Mt. wegen der Verführung und eine weitere von fünf Wart wegen des verübten Schießens für angemessen.

Salle a. 2., 9. März 1909.

Vorhänger: Landgerichts-Director Schubert; Ankläger: Meßler Herold; Verteidiger: Rechtsanwalt Herold. Heute wurde verhandelt gegen den 36-jährigen, bisher unbescholtene Wegmann Gottfried Woblschlag von Wolmeck, der des

### verübten Mordes

und der Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung beschuldigt wurde. Der Mann, der hoch seit dem 30. November v. J. in Haft befindet, läßt sich dahin gehend vernehmen: Vor elf Jahren lernte er seine jetzt 35 Jahre alte Frau kennen. Aus der Ehe ging ein Sohn hervor, der aber nur sieben Monate alt wurde. Anfangs waren die Eheverhältnisse ganz gut und das Ehepaar wohnte meistens in Burgardersdorf bei Wehrburg und Wolmeck, wo der Mann seiner Beschäftigung auf dem Schacht nachging. Wegen der erkrankten Mutter des Angeklagten, die bei den Ehe-

leuten wohnte, kam es zu Konflikten. Die Mutter sollte sehr unfaul sein, worüber die Frau öfter erregt wurde. Besonders erheblich wurden die Eifersüchteleien, als die Eheleute im Laufe der Bernhardt'schen Familie wohnten. Der Ehemann hielt sich oft in der Bernhardt'schen Wohnung auf und seine Frau kam auf den Verdacht, der Mann habe mit der Frau Bernhardt im intimen Verkehr. Frau Bernhardt soll einmal zu Wohlthat gefügt haben, er sei ein Pantoffelmann, der sich von seiner Frau viel gefallen lasse. Dabei mißhandelte er seine Frau, daß ihr zuweilen die Ohrenge aus den Ohren flogen. Im Weißhalsgebäude hielt er sie sehr knapp. In Betragen von 20 und 30 Pfennig mußte sie ihm das Geld zum Lebensunterhalt abgeben. Der Mann geriet die Frau bei den geringsten Anlässen an den Haaren in der Stube umher und laute sich einen fasten Vorwurf zu dem besonderen Zwecke, seine Frau damit zu schlagen. Am 10. März v. J. verlieh die Frau den Mann und zog infolge der Missbilligung zu ihren Eltern in Obblitz. Der Mann wußte sie dann aber von ihm Unterhaltslos verlangte, legte er, sie solle wieder zu ihm kommen. Die Frau ließ sich ab bekommen und zog am 15. Oktober wieder zu ihm, nachdem er von Bernhardt ausgezogen war. In den ersten Tagen vertrat sich das Paar wieder. Dann entließ aber wieder der alte Herr. Der Ehemann dachte sein Weib in eine besondere Kammer und ließ sich durch Veranlassung der Eir von seiner Frau ab. Seine Frau war nur unter der Bedingung zu ihm gezogen, daß er den Verkehr mit der Bernhardt'schen Familie aufhebe. Der Angeklagte verkehrte aber nach wie vor bei Bernhardt; er hatte der Frau Bernhardt sogar seine Gehaltsliste von 124 Mt. zum Aufbewahren übergeben.

Am Morgen des 28. November zeigte sich der Mann in aufgestreifter Kleidung seiner Frau gegenüber besonders gerillt. Er streichelte ihr die Backen und küßte sie, mit ihm abends nach Greiffenhagen zu den Eltern zu gehen, um dort eine Aussprache herbeizuführen. Der Frau war es aber aufgefallen, daß ihr Mann schon früh nach dem Hammer verlangt habe. Die Frau ließ sich auch bestimmen, mit ihrem Manne abends 6 Uhr nach Greiffenhagen zu gehen und nach Greiffenhagen zu gehen. Der Mann ließ sich am Morgen um 10 Uhr von seiner Frau ab. Seine Frau war nur unter der Bedingung zu ihm gezogen, daß er den Verkehr mit der Bernhardt'schen Familie aufhebe. Der Angeklagte verkehrte aber nach wie vor bei Bernhardt; er hatte der Frau Bernhardt sogar seine Gehaltsliste von 124 Mt. zum Aufbewahren übergeben.

er verhaftet. Die Frau, die neun Zentimeter lange Wunden am Kopfe hatte, wurde im Krankenhaus ein Vierteljahr lang behandelt. Jetzt ist sie wieder hergestellt.

Die Verneinung erfolgte sich durch Abhörung von 28 Zeugen sehr umfangreich. Es kam zur Sprache, daß der Angeklagte früher in der Woblschlag'schen Familie ein Geschäft gehabt habe, vermuthlich in der Abicht, seine Frau damit zu lösen. Bei der Arbeit soll sich der Angeklagte gut gefühlt haben und pünktlich gewesen sein. Seiner Frau wurde nachgehört, daß sie ihre erkrankte Schwiegermutter nicht gut behandelt und dadurch eheleiche Unzufriedenheiten hervorgerufen habe. Der Staatsanwalt trat für Verurteilung der Schuldfrage wegen verübten Mordes und Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung ein. Der Spruch der Geschworenen lautete demgemäß. Darauf wurde der Angeklagte zu sechs Jahren Zuchthaus und Ehrverlust von gleicher Dauer verurteilt, weil er die Tat längere Zeit vorbereitet hat.

### Schöffengericht.

Eine ziemlich freie Zeit legte ein bereits wegen Eigentumsvergehens vorbestrafter Fabrik-Arbeiter an den Tag. Er ging bei einer Frau, in deren Wohnung keine Frau wohnte, ein und aus und mißbrauchte ihre Gastfreundschaft dadurch, daß er für eine Spardose mit 104 Mt. Inhalt wegnahm. Als er im Gerichtssaal gefragt wurde, weshalb er das getan habe, sagte er: „Weil mir die Frau das Geld geschenkt hat. Sie dachte es mir nicht zu sein, weil sie wußte, daß ich arbeitslos war.“ Mit Würdigung auf seine Freizügigkeit wurde der Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

## Aus den Nachbarkreisen.

### Achtung, Zeitungs-Expediten!

Alle Briefe und Geldsendungen sind zu adressieren an den Verlag des „Volksblattes“, Halle a. S., Burgstr. 42/43. — Sendungen mit anderer Aufschrift erleiden unzeitige Verzögerungen.

### Zum Unglück auf Grube „Friedrich III.“

Bei Solmszheim, wo bekanntlich ein Bergarbeiter verunglückt und getötet wurde, geht uns nachfolgender Bericht eines Augenzeugen zu. Das Schicksal lautet:

„Ich habe seit circa vier Wochen auf Grube „Friedrich III.“ bei Solmszheim gearbeitet und wurde vom Obersteiger Seifert mit dem Betriebe angenommen, in Aufarbeiten mindestens 48 Mt. in vierzehn Tagen zu verdienen. Als mir nun 50 Mt. verdienten, legte Herr Obersteiger Seifert: „Ich werde euch schon Arbeit verschaffen, wo ihr nichts verdient.“ Und er hat sein Wort gehalten, denn er hat uns Arbeit gegeben, wo wir nicht nur nichts verdienten, sondern wir nur in unser Leben auf's Spiel setzen mußten. Wir mußten eine Fabrikdecke durch alle Brüche arbeiten, welche vor und nach Weihnachten schon bearbeitet war, doch bekamen wir dazu kein Grundlohn, sondern nur abgeklärte Schwarzen, welche so schmerz waren, daß sie in keiner Weise genützten. Als ich sagte, daß es nicht möglich ist, mit diesem Solge zu arbeiten, sagte Seifert: „Wer mit dem Solge nicht arbeiten will kann nach Hause gehen, anders geht es nicht.“

Nur um einer Familien in dieser schweren Zeit nicht hungern zu lassen, arbeiteten wir weiter. Der Obersteiger mußte wissen, daß das Gebirge zusammenbrechen mußte, wenn es nicht genügend ausgehauelt wird. Als mir nun 50 Mt. aus alten, nicht mehr befahrenen Strecken herausholten, ließ Seifert das Solz verborgen und sagte: „Wenn ihr baut, kriegt ihr es nicht bezahlt. Ich besahle nur die Wagen, die herauskommen.“

Somit war es ganz unermesslich, daß die Strecke zusammenbrechen mußte. Als das Unglück geschah, mein Kamerad verunglückt war, und ich den Obersteiger habe, traute er

## Berthold Meryan.

[Nachr. verb.]

Roman von Cornelle Hugens.  
(Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)

Berthold antwortete nichts und sah wieder nach den Tauben, als ob Carla gar nicht bei ihm wäre; sie dagegen vernahmte ihn in dem Gemurmel ihres Herzens und legte sich die Frage vor, ob nicht all' seiner sogenannten Freizügigkeit und Geliebtheit doch eigentlich nicht ein halber Biest sei. — Mindestens redete er ganz danach.

Wichtig wandte er sich wieder zu ihr hin; er blidte sie aber nicht an, sondern schien über sie hinweg zu sehen.

„Tausendmal schlimmer als die bögel-schlingenden Katzen und Menschen finde ich die Dämonenmode, die Dämon mit der Seiten der armen erkrankten Waisenbewohner aufzuhaben.“

„Sie wurde feuerrot und nahm ihren Hut ab, auf welchem ein gold-grünes Vögelchen mit ausgebreiteten Flügeln prangte.“

„Galt böse, halb verlegen betrachtete sie daselbe, er beschränkte es dann ebenfalls, und beide richteten darauf ihre Blicke gegeneinander.“

„Sie trat wieder wirklich behaupten, die Vögel so sehr zu lieben?“ fragte er in einem Tone, aus dem ungeachtet seiner Absicht, höflich zu sein, doch eine gewisse Veringschätzung durchschimmerte.

„Sie errödete wieder aufs neue, aber diesmal aus Jorn über seine Unhöflichkeit.“

„Sich es denn so schlimm, ein Vögelchen auf dem Hute zu tragen?“ fragte sie abschließend. „Ich trage es ja auch bloß, weil ich die Vögel so gerne habe.“

„Frauen sind bei Licht gesehen doch ganz unzurechnungsfähige Wesen.“ dachte Berthold. „Man kann gegen sie wirklich nicht nachsichtig genug sein.“

„Ich meinte, Sie hätten behauptet, die Vögel so außerordentlich zu lieben.“ sagte er noch einmal, indem er wieder nach den Tauben blickte und mit Verwirrung feststellte, daß das betrogene Ehemännchen, nachdem der Liebhaber fortgegangen war, sein Weibchen tüchtig abstrakte und am Flügel über den Boden schleifte.“

„Eine Däse Wohnung, was er meinte, kam ihr plötzlich zum Bewußtsein.“

„Wenn Sie es verzeihen finden, daß ich das Vögelchen auf meinem Hute trage, will ich es sofort herunterschmeißen.“ Und mit fieberhaft zornigen Bewegungen zog sie darauf an dem Aufschluß hin und her; die Verwirrungsdröchte ab und warf den farnagel-gewinen Wägel an den Boden. „Nun nun an soll auch kein Vögel mehr auf meinen Hut kommen!“

„Glaubt schaute er sie an und begreute ihren Augen, die nach einem schnellen Blick ins schützende Fenster, als wenn sie sich fürchtete, ihn darin sehen zu lassen.“

„Er blidte auch sorglich wieder vor sich hin, und dann folgte eine Stille.“

„Sie haben da eine wirklich Selbsten berichtet.“ bemerkte er endlich mit einem Blick auf den zu einer Ruine gewordenen Hut; „und ich danke Ihnen auch im Namen aller wegen einer sinnlosen Mode erzwungenen Beschäftigten, die ich Ihnen aber nicht schenken werde, auf diesen Aufschluß, nun setzen zu verzichten.“

„Er fragte dies mit einer ähnlichen Weißgeberde, mit welcher er die Gedanken und Empfindungen eines ihm fremden Intellektes hatte unteruchen mögen.“

„Nein, sondern ich finde es angenehm, etwas zu tun, was in Ihren Augen gut erscheint.“

„Er ersah und sah sie wieder an, aber sie blidte vor sich hin und boberte mit ihren spizen Laichhaken in dem Kieselboden herum.“

„Ich glaube, Sie hätten sich selbst davon überzeugt, wie groß barbarisch eine Mode doch eigentlich ist, welche vorschreibt, Leichen als Schmuckgegenstände zu tragen. Man wird unwillkürlich an die nordamerikanischen Volksstämme erinnert, welche sich die Schale ihrer Feinde umhängen. Oder ist das nicht genau daselbe?“

„Er fragte dies so sanft und gültig, als wenn er zu einem kleinen Kinde gesprochen hätte.“

„Menschen und Tiere sind aber doch nicht daselbe.“ wagte sie endlich zu erwidern. „Er kam ihr so lächerlich vor, daß sie einen Augenblick verlor, ihm auszuweichen.“

„Wenn Sie behaupten hätten, die Vögel zu verabscheuen, wie ich wenigstens Ihnen behaupten möchte, mich aber Ihnen gut zu verwinden. Aber Sie nennen die Vögel in Ihre Liebliche, und Sie halten die Katzen, weil sie den Vögeln nachhellen. Aber glauben Sie denn wirklich, es machte für die Vögel einen Unterschied, ob sie in einen Katzenmagen oder auf einen Hut gelangen?“

„Sie antwortete nicht, sondern dachte an Johann, der so arm und so unglücklich sein konnte und sie erwiderte ihrem Schicksal, welches sie dazu verurteilt hatte, nach diesem elchhaften Sonderling nun zu argen.“

„Er hielt das Stillstehen für einen Beweis, daß sie ihre Antonequenz einzulassen begann, und er bemerkte deshalb nach einigen Augenblicken:

„Künftig las ich von einem jungen englischen Lord, der seine Frau im Etage ließ, nachdem er erfahren, daß sie alle wichtigen Tugenden in sich vereinigte, und er erwiderte ihrem Schicksal, welches sie dazu verurteilt hatte, nach diesem elchhaften Sonderling nun zu argen.“

„Künftig las ich von einem jungen englischen Lord, der seine Frau im Etage ließ, nachdem er erfahren, daß sie alle wichtigen Tugenden in sich vereinigte, und er erwiderte ihrem Schicksal, welches sie dazu verurteilt hatte, nach diesem elchhaften Sonderling nun zu argen.“

„wäre, wäre wahre Bildung besitzen könnte. Und das meinen Sie hinsichtlich doch auch nicht wahr?“

„Ja, selbstverständlich!“ sagte sie diesmal ganz aufrichtig. „Man stelle sich nur einmal vor, daß alle jene weißen Tauben Brüben um eines Kleides willen umgebracht werden sollten! Wie kann man denn nur auf einen solchen Gedanken gelangen!“

„Ihr Herz ist doch gut!“ dachte Berthold mit einem trübigen Gesicht. „Sie ist nur gänglich außerordentlich, zwei Gedanken logische miteinander zu verbinden.“

„Er stand auf und holte den weggeformten Vogel, der wie ein grüner Gabelstein in der Sonne glänzte. „Sehen Sie doch“, sagte er zu ihr zurückkehrend, „wie schön ist nicht der Vogel mit seinem feingestrichelten Köpfchen und dem elbenbenenen Schändelchen, welches einst auch genährt mal das herrliche Stridien ausgeblidht hat!“

„Er stand auf und holte den weggeformten Vogel, der wie ein grüner Gabelstein in der Sonne glänzte. „Sehen Sie doch“, sagte er zu ihr zurückkehrend, „wie schön ist nicht der Vogel mit seinem feingestrichelten Köpfchen und dem elbenbenenen Schändelchen, welches einst auch genährt mal das herrliche Stridien ausgeblidht hat!“

„Er stand auf und holte den weggeformten Vogel, der wie ein grüner Gabelstein in der Sonne glänzte. „Sehen Sie doch“, sagte er zu ihr zurückkehrend, „wie schön ist nicht der Vogel mit seinem feingestrichelten Köpfchen und dem elbenbenenen Schändelchen, welches einst auch genährt mal das herrliche Stridien ausgeblidht hat!“

„Er stand auf und holte den weggeformten Vogel, der wie ein grüner Gabelstein in der Sonne glänzte. „Sehen Sie doch“, sagte er zu ihr zurückkehrend, „wie schön ist nicht der Vogel mit seinem feingestrichelten Köpfchen und dem elbenbenenen Schändelchen, welches einst auch genährt mal das herrliche Stridien ausgeblidht hat!“

„Er stand auf und holte den weggeformten Vogel, der wie ein grüner Gabelstein in der Sonne glänzte. „Sehen Sie doch“, sagte er zu ihr zurückkehrend, „wie schön ist nicht der Vogel mit seinem feingestrichelten Köpfchen und dem elbenbenenen Schändelchen, welches einst auch genährt mal das herrliche Stridien ausgeblidht hat!“

„Er stand auf und holte den weggeformten Vogel, der wie ein grüner Gabelstein in der Sonne glänzte. „Sehen Sie doch“, sagte er zu ihr zurückkehrend, „wie schön ist nicht der Vogel mit seinem feingestrichelten Köpfchen und dem elbenbenenen Schändelchen, welches einst auch genährt mal das herrliche Stridien ausgeblidht hat!“

„Er stand auf und holte den weggeformten Vogel, der wie ein grüner Gabelstein in der Sonne glänzte. „Sehen Sie doch“, sagte er zu ihr zurückkehrend, „wie schön ist nicht der Vogel mit seinem feingestrichelten Köpfchen und dem elbenbenenen Schändelchen, welches einst auch genährt mal das herrliche Stridien ausgeblidht hat!“

„Er stand auf und holte den weggeformten Vogel, der wie ein grüner Gabelstein in der Sonne glänzte. „Sehen Sie doch“, sagte er zu ihr zurückkehrend, „wie schön ist nicht der Vogel mit seinem feingestrichelten Köpfchen und dem elbenbenenen Schändelchen, welches einst auch genährt mal das herrliche Stridien ausgeblidht hat!“

„Er stand auf und holte den weggeformten Vogel, der wie ein grüner Gabelstein in der Sonne glänzte. „Sehen Sie doch“, sagte er zu ihr zurückkehrend, „wie schön ist nicht der Vogel mit seinem feingestrichelten Köpfchen und dem elbenbenenen Schändelchen, welches einst auch genährt mal das herrliche Stridien ausgeblidht hat!“

„Er stand auf und holte den weggeformten Vogel, der wie ein grüner Gabelstein in der Sonne glänzte. „Sehen Sie doch“, sagte er zu ihr zurückkehrend, „wie schön ist nicht der Vogel mit seinem feingestrichelten Köpfchen und dem elbenbenenen Schändelchen, welches einst auch genährt mal das herrliche Stridien ausgeblidht hat!“

„Er stand auf und holte den weggeformten Vogel, der wie ein grüner Gabelstein in der Sonne glänzte. „Sehen Sie doch“, sagte er zu ihr zurückkehrend, „wie schön ist nicht der Vogel mit seinem feingestrichelten Köpfchen und dem elbenbenenen Schändelchen, welches einst auch genährt mal das herrliche Stridien ausgeblidht hat!“

